

100 Jahre

ÖTV-Kreisverwaltung

Ludwigshafen

Speyer

Frankenthal

Band 2

Eine Dokumentation

vom 24. März 1945

bis 7. November 1997

von

Klaus J. Becker

unter der Mitarbeit von

Ludwig Nell und Kurt Seib

Layout: Thomas Grünert

**Herausgeber: ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal,
Wredestr. 6, 67069 Ludwigshafen, Telefon: 0621/591360
Geschäftsführer: Lothar Plogsties**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Der gewerkschaftliche Neubeginn in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1945

Die Zulassung der Gewerkschaft „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“

Die Gründung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - ÖTV

Kalter Krieg und die Gewerkschaft ÖTV in Ludwigshafen

Auf dem Weg zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal in den sechziger Jahren

Die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal

Der politische Extremismus und die ÖTV-Kreisverwaltung in den siebziger Jahren

Die Entwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung bis zum Ende der sozialliberalen Koalition

Die ÖTV-Kreisverwaltung nach der Wende

Von der Deutschen Einheit zur Feier 100 Jahre ÖTV

Dokumente

Biographien

Quellen

Literatur

Zeitungen

Zeitschriften

Der Autor

Vorwort

Vor uns liegt der Band II unserer Gewerkschaftsgeschichte in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal. Er ist ein Spiegel lebendiger Gewerkschaftsarbeit vor Ort und zeigt, daß sich die ÖTV in unserer Region nach 1945 als intensive politische Gestaltungskraft für die Menschen in den Betrieben und Verwaltungen verstanden hat. Sie hat mitgemischt.

Dieser Band zeigt aber auch, wie abhängig Gewerkschaftsarbeit von bestehenden Machtverhältnissen ist. Er macht zum Beispiel deutlich, daß sich in unserer ÖTV die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Kräfte widerspiegeln.

Viele Leserinnen und Leser wird dieser Band wohl anregen, die auch zum Teil selbst miterlebte Zeit Revue passieren zu lassen. Wie waren sie, unsere Hoffnungen, unsere Visionen nach 1945? Wie ist die heutige Wirklichkeit, was ist auf der Strecke geblieben?

Unsere Gewerkschaftsarbeit ist zutiefst demokratische Arbeit. Demokratie lebt vom Mitmachen. Die leider zu oft praktizierte Stellvertreterdemokratie in Politik und Gesellschaft führt immer wieder zu Verkrustung und Erstarrung. Darunter leiden auch wir.

Der Mensch, auch das sogenannte einfache Mitglied, will und muß einbezogen werden in gewerkschaftliche Arbeit. Wir müssen uns die kritische Frage stellen, ob uns dies immer genügend gelungen ist. Schützen und Gestalten ist unser Auftrag gemäß der Satzung, die sich die ÖTV gegeben hat. Dabei steht nach unserer Auffassung stets der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wir wünschen unserer Gewerkschaft auch im Hinblick auf eine baldige Verschmelzung mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), der Industriegewerkschaft Medien (IG Medien) und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) für die Zukunft weiterhin „**Nahe beim Menschen zu sein**“.

Gerhard Trapp

Lothar Plogsties

1. Vorsitzender

Geschäftsführer

ÖTV- Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal

Der gewerkschaftliche Neubeginn in Ludwigshafen, Frankenthal und Speyer 1945

Am 21. März 1945 waren Truppen der US-Armee in Frankenthal einmarschiert, nach schweren Kämpfen schwiegen am 24. März 1945 auch in Ludwigshafen die Waffen. Gleichzeitig wurde Speyer von amerikanischen Soldaten eingenommen. Die Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung nahm diesen Vorgang als Besetzung wahr, auch die Alliierten Truppen verstanden sich als Eroberer, für die seit 1933 verfolgten Gewerkschafter war der 24. März 1945 jedoch der Tag der Befreiung. So trafen sich noch im März 1945 in Ludwigshafen einige Alt-Gewerkschafter regelmäßig, um über den einzuschlagenden Weg zu beraten. Ein aus diesem Gründerkreis gebildetes vierköpfiges Komitee, dem 2 SPD-, 1 KPD- und 1 Zentrum-Mitglied angehörten, unterbreitete dem amerikanischen Stadtkommandanten Anfang Mai 1945 ein Gründungsgesuch für einen Ludwigshafener Gewerkschaftsbund samt Satzung und Organisationsplan. Nach Überprüfung der Fragebögen der Mitglieder des Gründungskreises erlaubte die Militärregierung nach wenigen Tagen die Bildung des Gewerkschaftsbundes. Sofort nach Erhalt des Zulassungsbescheides bemühte sich das Organisationskomitee um eine Verknüpfung der betrieblichen und lokalen Ebene. So veranlaßte man in einer Großzahl der Betriebe die Bildung von Betriebsvertretungen, wobei die gewählten Betriebsvertreter gleichzeitig auch als Gewerkschaftsdelegierte fungierten. Für den Bereich des Öffentlichen Dienstes einigte sich das Organisationskomitee am 4. Mai 1945 mit der Militärregierung auf die Bildung eines Gesamt-Betriebsausschusses, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamte paritätisch vertreten sein sollten¹.

Am 22. Mai 1945 trafen 62 Gewerkschaftsdelegierte und das Organisationskomitee zusammen, um offiziell den „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund - Ortsausschuß Ludwigshafen“ zu gründen. Zum ersten Vorsitzenden des FDGB wurde der ehemalige Vorsitzende des ADGB Ludwigshafen, Karl Fischer (SPD), gewählt, zu seinem Stellvertreter Max Frenzel (KPD). Der Gewerkschaftsbund war konzipiert als zentralistische Einheitsgewerkschaft, in der alle Arbeiter, Angestellten und Beamten unabhängig von ihrer politischen Überzeugung gemeinsam organisiert sein sollten. Als jedoch am 10. Juli 1945 das linke Rheinufer von den Amerikanern als Besatzungszone an die Franzosen abgetreten wurde, hatte dies erst einmal ein Handlungs- und Betätigungsverbot für den FDGB zur Folge. Am 23. Juli 1945 wurde von der Französischen Militärregierung das Verbot wieder aufgehoben².

¹ Vgl. Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 136 ff.

² Vgl. Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 138 ff.

Auch in Frankenthal trafen sich noch vor der endgültigen Kapitulation der Wehrmacht wieder Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilose, um den Wiederaufbau der Gewerkschaft vorzubereiten. Bereits am 1. Mai 1945 versammelten sich trotz Versammlungs- und Kundgebungsverbot 600 Menschen auf dem Parsevalplatz. Am 22. Mai 1945 wurde der Organisationsausschuß für die Errichtung einer Gewerkschaft in Frankenthal genehmigt, die bereits wieder eine Abteilung für die „Beamtschaft und Angestelltenschaft“ vorsah. Allerdings wurde auch in Frankenthal die Tätigkeit des FDGB nach dem Einmarsch der Franzosen erst einmal wieder untersagt³.

In der Stadt Speyer war Bernhard Ableiter, Angestellter beim Wasser- und Schifffahrtsamt Speyer, der Mann der ersten Stunde. Er kümmerte sich hauptsächlich um das Anwerben von neuen Mitgliedern bei den großen Betrieben des Öffentlichen Dienstes in Speyer⁴.

Am 7. Dezember 1945 wurde der FDGB von der Ludwigshafener Militärregierung beauftragt, umgehend die zur Bildung autonomer Industriegewerkschaften nötigen Schritte einzuleiten. Daraufhin wurde u.a. am 19. Dezember 1945 der „Industrieverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ gegründet, dem jedoch nur Arbeiter beitreten durften. Den Angestellten und Beamten des Öffentlichen Sektors blieb bis Mitte 1946 jegliche gewerkschaftliche Organisation von der Militärregierung untersagt. Erster Vorsitzender des „Industrieverbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ in Ludwigshafen wurde Edwin Will (SPD), sein Stellvertreter war Georg Süß (KPD). In Speyer wurde Bernhard Ableiter der erste ehrenamtliche Vorsitzender der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste und Verwaltungen“, sein Stellvertreter war Hermann Metzger. Mitbegründer der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste und Verwaltungen“ in Speyer war auch Alexander Langhans⁵.

Die Zulassung der Gewerkschaft „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“

Am 8. Mai 1946 gestattete die Französische Militärregierung die Gründung von regionalen Gewerkschaftsorganisationen. Da sie am 11. Juli 1946 auch das Organisationsverbot für Angestellte und Beamte aufhob, konnte nun auch mit der Vorbereitung eines

³ Vgl. „Es gilt den Kampf“. Hrsg. von der Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall, Frankenthal 1984, S. 81 ff.

⁴ Vgl. Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949. Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau, Landau 1991, S. 66.

⁵ Vgl. Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 150 ff. sowie Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949. Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau, Landau 1991, S. 67.

Einheitsverbandes „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ für Rheinhessen und die Pfalz begonnen werden. Noch vor der Konstituierung verkündete die Militärregierung jedoch mit der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“, bestehend aus der Pfalz und den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Mainz und Montaubaur mit Mainz als Hauptstadt. Daraufhin wurde nun auf eine Konstituierung von gewerkschaftlichen Landesverbänden für ganz Rheinland-Pfalz orientiert, die sich für die Gewerkschaft „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ auf dem 1. Verbandstag am 16. April 1947 in Mainz vollzog. Vorsitzender wurde Edwin Will (SPD) aus Ludwigshafen. Der rheinland-pfälzische Industrieverband „Verkehr und Spedition“ konstituierte sich am 25. April 1947 in Ludwigshafen. Vorsitzender wurde Hermann Keßler (KPD) aus Ludwigshafen⁶.

Edwin Will vertrat Rheinland-Pfalz auch auf der ersten Zusammenkunft von Gewerkschaftsfunktionären des Öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr aller drei westlichen Besatzungszonen Ende April 1947 in Oberursel. Diese Konferenz hatte noch informatorischen Charakter. Auf einer zweiten Tagung am 11. und 12. Juli 1947 in Stuttgart wurde die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Öffentlichen Dienstes und des Verkehrs der Westzonen in einer Gewerkschaftsorganisation festgelegt. Schließlich wurde auf einer Tagung am 25. und 26. November 1947 in Stuttgart die Schaffung einer Zentralgewerkschaft für den Öffentlichen Dienst, Transport und Verkehr für die Westzonen beschlossen⁷.

Im Oktober 1947 fanden in Rheinland-Pfalz die ersten allgemeinen freien Betriebsratswahlen seit 1933 statt. Überschattet waren sie von parteipolitischen Auseinandersetzungen. Schließlich hatte bereits unmittelbar nach der Befreiung 1945 die KPD mit dem Wiederaufbau von Betriebszellen begonnen. Bis zur Zulassung der Partei illegal organisiert, traten sie ab Februar 1946 offen als KPD-Betriebsgruppen auf. Über diese Stützpunkte versuchte die KPD in der Folge ihren Einfluß innerhalb der Gewerkschaften zu stärken. Von Frühjahr 1947 an verschärften dann die wachsenden sozialen Spannungen die politischen Rivalitäten. Auf einer Geheimkonferenz der wichtigsten kommunistischen Gewerkschaftsführer der Französischen Besatzungszone am 23. Mai 1947 in Mainz wurde die Marschroute festgelegt. Einer verschärften Agitation innerhalb der Gewerkschaften wurde besondere Bedeutung beigemessen. Hierdurch hofften die Kommunisten, die Unruhe in der

⁶ Vgl. Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 153 ff.

⁷ Vgl. Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft. Zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart 1959, S. 606 ff.

Arbeiterschaft nutzen zu können, um gegenüber der SPD an Terrain zu gewinnen. Gleichzeitig forderte die KPD aber im August 1947 „Kein Bruderkampf in den Betrieben“ und warnte vor einer Aufsplitterung der Einheitsgewerkschaften. Damit reagierte sie auf den systematischen Aufbau von Betriebsgruppen der SPD in Rheinland-Pfalz, der ausgehend von der Pfalz im August 1946, über Rheinland-Hessen-Nassau Ende 1946 ab März 1947 auch in Rheinhessen zum Zurückdrängen des Einflusses der KPD in den Betrieben erfolgt war. Der Erfolg dieser Maßnahme manifestierte sich bei den ersten allgemeinen Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Oktober 1947. Trotz der großen Herausstellung ihrer Bedeutung durch die KPD fielen nur 8% der Mandate an Kommunisten. In der Pfalz war der KPD-Anteil gegenüber den im Sommer 1945 ernannten Betriebsvertretungen von 20% auf 14% zurückgegangen. In Ludwigshafen waren in 12 öffentlichen Betrieben insgesamt 121 Betriebsratsmitglieder gewählt worden, davon 50 in städtischen Betrieben. Von diesen 50 Betriebsratsmitgliedern bekannten sich 22 zur SPD, 13 zur KPD, 8 zu CDU und 7 waren unorganisiert. In der Folge wurde die Ortsverwaltung Ludwigshafen des Industrieverbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen durch den Betriebsratsvorsitzenden der Stadtverwaltung, Johann Keilbach, weiterhin von einem Sozialdemokraten geführt. Von elf Vorstandsmitgliedern waren sechs Mitglied der SPD, vier der KPD und ein Parteiloser⁸.

Der 2. Verbandstag der Gewerkschaft der Öffentlichen Betriebe und Verwaltungen am 23. März 1948 befaßte sich mit der Wiederverankerung des Berufsbeamtentums in der Landesverfassung und forderte entsprechend die Organisation der Beamten in der Gewerkschaft der Öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. Allerdings verwies Edwin Will bei einer Besprechung bei der Militärregierung in Neustadt daraufhin hin, daß die Gewerkschaft an allem leide, was zu einem geordneten Dienstbetrieb nötig sei. So fehle es an Schreibpapier, Aktendeckeln, Schnellheftern und Leitzordnern. Schreibmaschinen stünden nur durch leihweise Überlassung zur Verfügung⁹.

Bei den zweiten Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz im Dezember 1948 war der Einfluß der KPD weiter rückläufig. In der ganzen Pfalz waren laut Statistik der Militärregierung im Februar 1949 nur noch 7,3% der Betriebsratsmitglieder Kommunisten, was fast eine Halbierung gegenüber den letzten Betriebsratswahlen bedeutete. In Ludwigshafen waren in 16 Öffentlichen Betrieben insgesamt 117 Betriebsratsmitglieder gewählt worden, davon 30 in

⁸ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 71 ff.

⁹ Vgl. das Referat zum 2. Verbandstag sowie die Niederschrift über die Besprechung bei der Militärregierung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

städtischen Betrieben. Von diesen 30 Betriebsratsmitgliedern bekannten sich 20 zur SPD, 3 zur KPD, 4 zu CDU und 3 waren unorganisiert. Die Betriebsratswahl bei der Ludwigshafener Straßenbahn wurde allerdings am 30. Mai 1949 nach einem Einspruch des KPD-Mitglieds August Fend vom Arbeitsgericht annulliert, da der mehrheitlich sozialdemokratische Wahlausschuß bei der Besetzung des Betriebsrates widerrechtlich mehrere Minderheitengruppen vorgesehen hatte, so daß auf Fend kein Mandat mehr entfallen war. Bei der Neuwahl im Juli 1949 konnte Fend deutliche Stimmengewinne und erneut ein Mandat erringen. In der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Industrieverbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen dagegen wurde Johann Keilbach (SPD) als Vorsitzender bestätigt. Von elf Vorstandsmitgliedern waren nun sieben Mitglied der SPD, wiederum drei der KPD, die jetzt aber mit Georg Süß wieder den Zweiten Vorsitzenden stellte und ein Parteilooser¹⁰.

Die Gründung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - ÖTV

Unmittelbar nach den zweiten Betriebsratswahlen in Rheinland-Pfalz konstituierte sich vom 28. bis 30. Januar 1949 auf dem Vereinigungsverbandstag in Stuttgart die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr - ÖTV“. Da die Delegierten aus Rheinland-Pfalz aufgrund einer Weisung der Französischen Militärregierung nicht stimmberechtigt waren, konnten sie auch nicht den Beitritt des rheinland-pfälzischen Industrieverband „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ zur ÖTV vollziehen. Erst im Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik gaben die Franzosen ihr Veto auf und gestatten am 7. Mai 1949 dem rheinland-pfälzischen Industrieverband „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ auf einer auf dem Haldenhof am Bodensee abgehaltenen Konferenz den Beitritt zur ÖTV. Damit nahm die ÖTV auch in Rheinland-Pfalz ihre Tätigkeit auf. Entsprechend wurde nun auch Alexander Langhans aus Speyer in den Hauptvorstand gewählt¹¹.

Seinen ersten Auftritt in Ludwigshafen als Referent des Hauptvorstandes hatte Alexander Langhans bereits am 12. Mai 1949 auf einer Versammlung der ÖTV für die „Behördenangestellten“, wo insbesondere die Gründung eines Beamtenbundes sowie die „Zweiteilung der Rechte von Angestellten und Beamten“ kritisiert wurde¹². Am 1. Juni 1949

¹⁰ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 267 ff. sowie Seidl, Michael: Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften, Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 249 ff.

¹¹ Vgl. Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft. Zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart 1959, S. 613 ff. sowie Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996, S. 300 ff.

¹² Vgl. die Niederschrift der Versammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

regelte der Landesvorstand der ÖTV auf seiner Sitzung die Modalitäten für den Anschluß an die Hauptverwaltung in Stuttgart. Gleichzeitig wurde der „außerordentlich schlechte Kassenstand“ der Ortsverwaltung Speyer thematisiert und die dortige hauptamtliche Besetzung der Verwaltungsstelle gefordert. Tatsächlich wurde jedoch erst 1950 Max Bobka als erster hauptamtlicher Sekretär eingestellt¹³. Einen weiteren Rückschlag in der Frage der Einheitsgewerkschaft mußte der Landesvorstand am 27. Juli 1949 mit der Genehmigung der DAG durch die Militärregierung zur Kenntnis nehmen. Gleichzeitig verwies Edwin Will darauf, daß ein Ritterkreuzträger an der Spitze des neuen Beamtenbundes stehe¹⁴.

Entsprechend veranstaltete die ÖTV am 15. Januar 1950 im Ludwigshafener Saalbau eine mit Dienstbefreiung verbundene Kundgebung für Beamte. Das Thema lautete: „Stellungnahme zum neuen Beamtenbund“ und „Wo organisiert sich der Beamte“¹⁵. Sparmaßnahmen wurden auf einer Funktionärsversammlung der ÖTV am 5. Juli 1950 in Mainz beschlossen: So wurden die Ortsverwaltungen Grünstadt und Frankenthal sowie Speyer und Germersheim zusammengelegt, während in Ludwigshafen die „Verhältnisse, wie sie sind“ bleiben sollten¹⁶.

Kalter Krieg und die Gewerkschaft ÖTV in Ludwigshafen

Die Betriebsratswahlen vom 24. bis 29. April 1950 hatten in Rheinland-Pfalz einen weiteren Rückgang des Einflusses der KPD ergeben. Die Ortsverwaltung Ludwigshafen der ÖTV war nun fest in sozialdemokratischer Hand. Als Vorsitzender wurde Johann Keilbach bestätigt, sein Stellvertreter war jetzt Christian Käß. Trotz dieser ersichtlichen demokratischen Stabilisierung erhielten am 3. August 1950 die Regierungspräsidenten ein Rundschreiben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, in dem sie aufgefordert wurden, „der Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch geeignete Maßnahmen die Wühlarbeit sowohl links- als auch rechtsradikaler Gruppen zu unterbinden“. Besonders verwiesen wurde auf Organisationen, die „von der SED und damit von der Sowjetunion beauftragt sind, die Bevölkerung der Bundesrepublik für ihre Zwecke zu gewinnen“. Das Schreiben wurde zweimal ergänzt: Am 16. August 1950 mit einer Information über die einschlägigen Bestimmungen „gegen die Unterwühlung der durch

¹³ Vgl. die Niederschrift über die Landesvorstandssitzung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen sowie Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949. Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau. Landau 1991, S. 67.

¹⁴ Vgl. die Niederschrift über die Landesvorstandssitzung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁵ Vgl. Die Rheinpfalz vom 15. Januar 1950.

¹⁶ Vgl. das Protokoll der Funktionärsversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Grundgesetz und Landesverfassung gegebenen demokratischen Staatsordnung“ und am 18. August 1950 durch eine Liste der Organisationen, die „für die Ziele der SED/KPD tätig sind“. Die Landesregierung stellte fest, daß eine Betätigung für diese Organisationen „mit einem öffentlichen Amt unvereinbar“ sei und ordnete an, entsprechend aktive Beamte, Angestellte und Arbeiter zu entlassen. Am 19. September 1950 faßte auch die Bundesregierung einen Beschluß, den sogenannten „Adenauer-Erlaß“, betreffend die „Politische Betätigung von Angehörigen des Öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“. Daraufhin faßte am 27. September 1950 das Innenministerium Rheinland-Pfalz seinen Erlaß vom 18. August 1950 aufgrund der Beschlußlage der Bundesregierung neu und verfügte die Entlassung der KPD-Mitglieder aus dem Öffentlichen Dienst. Allerdings hatten die mit der Umsetzung beauftragten nachgeordneten Behörden zunächst einmal Klärungsbedarf: So befragte der Städteverbund Rheinland-Pfalz das Innenministerium u.a., wie mit den kommunistischen Bürgermeistern zu verfahren sei und ob Beamte, die gleichzeitig Stadtratsmitglieder wären sowie Opfer des Faschismus, und kommunistische Betriebsratsmitglieder ebenfalls zu entlassen seien. Als wichtig erachtet wurde das Problem, was mit Kommunisten geschehen sollte, die sich aus „Tarnungsgründen von der KP gelöst haben“. Diese Probleme besprach das Innenministerium am 10. Oktober 1950 mit den Regierungspräsidenten und den Vertretern des rheinland-pfälzischen Gemeindetages und Städtebundes. Dabei betonte Staatssekretär Schmidt, daß der Erlaß der Bundesregierung vom 19. September 1950 nur als „Warnung“ gedacht gewesen sei, die Landesregierung jedoch die Auffassung vertrete, daß die „Maßnahmen“ auch durchgeführt werden müßten. Danach veranlaßte in Ludwigshafen am 11. Oktober 1950 der sozialdemokratische Oberbürgermeister Bauer die Überprüfung aller städtischen Mitarbeiter. Die Gewerkschaft ÖTV folgte noch im Oktober 1950 dem Beschluß der Bundesregierung, indem sie eine weitere hauptamtliche Beschäftigung von Kommunisten in ihrer Organisation ausschloß. Entsprechend lehnte die Delegiertenversammlung der ÖTV Ludwigshafen am 19. Oktober 1950 die Befassung einer Entschliebung gegen die Entlassung von Kommunisten aus Öffentlichen Betrieben als „politische Angelegenheit“ ab. Am 10. November 1950 lag schließlich auch das Namen-, Partei- und Berufsfunktionen umfassende Überprüfungsergebnis für die Stadtverwaltung Ludwigshafen vor. Es wurde festgestellt, daß eine Reihe Verwaltungsbediensteter die KPD bereits im Laufe des Jahres 1950 verlassen hatten. Da die Verbliebenen innerbetrieblich keine politischen Aktivitäten mehr zeigten, wurde letztlich auf ihre Entlassung verzichtet¹⁷.

¹⁷ Vgl. das Protokoll der Delegiertenversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal,

Bei den rheinland-pfälzischen Betriebsratswahlen vom 2. bis 14. April 1951 setzte sich der kommunistische Niedergang fort. Die Partei glaubte dieser Entwicklung mit einem Verbalradikalismus begegnen zu können. Daraufhin beschloß im Juni 1951 der DGB sowie weitere Einzelgewerkschaften, von ihren hauptamtlichen kommunistischen Mitarbeitern mittels einer zur Unterschrift vorgelegten Erklärung („Revers“) eine Distanzierung von der gewerkschaftskritischen These 37 des „Münchener Parteitages“ der KPD vom März 1951 zu verlangen. Bei deren Nichtunterzeichnung drohte den Betroffenen die Entlassung, bei Unterzeichnung der Ausschluß aus der KPD. Nachfolgend wurden bis 1955 insgesamt circa 650 KPD-Mitglieder aus DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen. Entsprechend verschärfte sich auch in der Ludwigshafener ÖTV das Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Am 1. Juni 1951 waren die Sozialdemokraten Keilbach und Käß als Vorsitzende der Geschäftsstelle bestätigt worden. Kurz darauf eskalierte der seit der Betriebsratswahl 1948 bestehende Konflikt mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Ludwigshafener Straßenbahner, Fend. Dem Kommunisten Fend wurde ein gewerkschaftsschädigendes und satzungswidriges Verhalten vorgeworfen und am 24. September 1951 durch den ÖTV-Kreisvorstand gegen ihn ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Der Hauptvorstand der ÖTV bestätigte im Dezember 1951 den Ausschluß von Fend. Daraufhin forderte das kommunistische Betriebsratsmitglied beim Ludwigshafener Elektrizitätswerk, Ludwig Barbarino: „Das Betrügernest in der Pfalzgrafenstraße¹⁸ muß auch noch ausgehoben werden“, worauf Bezirksleiter Will forderte, auch gegen ihn ein Ausschlußverfahren einzuleiten, was der Kreisvorstand Ludwigshafen jedoch ablehnte¹⁹.

Ludwig Barbarino war dann auch der Kandidat der KPD zur Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 2. Oktober 1952. Er unterlag jedoch mit nur jeweils 13 Stimmen deutlich den sozialdemokratischen Kandidaten Strecker und Hoffmann²⁰.

Ludwigshafen sowie Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 179 ff. und Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996, S. 335 ff.

¹⁸ Sitz der Kreisverwaltung Ludwigshafen der ÖTV.

¹⁹ Vgl. die Protokolle des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 12. Juni 1951, vom 24. September 1951, vom 31. Oktober 1951 und vom 24. Januar 1952, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen sowie Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 274 ff. und Schneider, Wolfgang: „Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996.

²⁰ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Da jedoch auch bei den Betriebsratswahlen im Mai 1953 der KPD-Stadtrat August Fend von den Straßenbahnern in Ludwigshafen als Betriebsratsvorsitzender bestätigt wurde, gingen die internen Konflikte weiter. So lud am 11. August 1953 Edwin Will den Ludwigshafener Oberbürgermeister Bauer zu einer Besprechung mit dem Mannheimer Bürgermeister Trumpfeller „über die Verhältnisse bei der Belegschaft der Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen“ ein²¹. Daraufhin mußten u.a. von August Fend neu geworbene ÖTV-Mitglieder persönlich ihre Aufnahmescheine bei der Geschäftsstelle der ÖTV in Ludwigshafen umschreiben lassen²².

Auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 29. März 1954 forderte Ludwig Barbarino anlässlich des Referats „Die Tarifpolitik der Gewerkschaft ÖTV“ das „Zusammenschweißen der Mitglieder durch Kampfmaßnahmen“. Edwin Will konterte mit dem Hinweis, „daß die Kampfwilligkeit der Mitglieder gerade im Öffentlichen Dienst nicht sehr groß sei. Darüber hinaus wolle man auch von dem Odium des Proletariats abkommen, die Gewerkschaften seinen bestrebt, den arbeitenden Menschen auf eine höhere Kulturstufe zu heben, damit fielen auch einige Parolen der alten Arbeiterbewegung“. Das tatsächlich längst die Mehrheit der Mitglieder die Ansichten von Bezirksleiter Will teilten, belegt die Abstimmung über einen Antrag von Barbarino, der vom Hauptvorstand forderte, sich sofort für Lohn- und Gehaltserhöhungen einzusetzen. Der Antrag wurde gegen vier Stimmen abgelehnt²³.

Ein Eingeständnis der kommunistischen Isolationspolitik war ganz offensichtlich auch der Wiederaufnahmeantrag von August Fend in die Gewerkschaft ÖTV von Dezember 1954. Daß dieser beim ÖTV-Kreisvorstand auf wenig Gegenliebe stieß, machte allein schon die Vorstandsentscheidung vom 20. Januar 1955 deutlich, daß künftig Vertrauensmännersitzungen der Straßenbahn im Gewerkschaftshaus und nicht im Zimmer des Betriebsrats stattzufinden hatten. Da die Vertrauensmänner der Straßenbahn aber weiter im Betriebsratsbüro unter der Anwesenheit von August Fend tagten, wurden die Beschlüsse für hinfällig erklärt. Zudem beschloß der ÖTV-Kreisvorstand am 7. März 1955 den Vertrauenskörper aufzulösen. Gleichzeitig wurde die Ablehnung des Aufnahmeantrages von

²¹ Vgl. Stadtarchiv Ludwigshafen, LuN 2777.

²² Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 14. September 1953, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²³ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Fend durch den Hauptvorstand der ÖTV bekanntgegeben. Die Kreisverwaltung Ludwigshafen schloß sich dieser Entscheidung an²⁴.

Allerdings wurde August Fend auch bei den Betriebsratswahlen im Mai 1955 mit 82% der Wählerstimmen als Betriebsratsvorsitzender der Ludwigshafener Straßenbahner bestätigt. Daraufhin steigerte sich der Konflikt zwischen der Betriebsleitung und ÖTV auf der einen Seite und Fend auf der anderen Seite weiter. Auf einer Betriebsversammlung am 13. Januar 1956 wurde - nach Absprache unter den ÖTV-Vertrauensleuten - Fend von dem Vertrauensmann Ludwig Nell sowie dem ÖTV-Kreisvorstandsmitglied August Magin vorgeworfen, sechs Wochen unbezahlten Urlaub u.a. für einen Schulungsaufenthalt in der UdSSR genutzt zu haben²⁵. Am 8. Februar 1956 wurde Fend durch die Stadtverwaltung Mannheim die Freistellung entzogen und das Betriebsratsbüro bei der Ludwigshafener Straßenbahn geschlossen. Am 16. April 1956 leitete die Stadtverwaltung Mannheim ein förmliches Dienststrafverfahren gegen Fend mit dem Ziel seiner Entlassung ein, weil er sich während der Arbeitszeit für die Interessen der KPD eingesetzt habe. Am 27. April 1956 wurde ihm das Betreten des Betriebsgeländes und jede Tätigkeit für den Betriebsrat untersagt; er selbst bei 50% seines Gehaltes beurlaubt. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe lehnte eine Entlassung von Fend aber ab. Daraufhin wurde er am 30. Januar 1957 zu den Stadtwerken Mannheim dienststrafversetzt²⁶. Allerdings war bereits am 17. August 1956 das KPD-Verbot erfolgt; noch zuvor waren Waldemar Frenzel und Willy Eiselstein von der KPD zur SPD übergetreten. Ihnen folgte jetzt auch Georg Süß. Damit schied die KPD als politischer Faktor innerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen endgültig aus²⁷.

Auf dem Weg zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal

Jedoch hatte sich die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen ab ihrer Gründung nicht nur mit internen Konflikten zu beschäftigen, sondern sich von Beginn an auch mit Strukturproblemen. Bereits zum 30. September 1951 schied der erste Geschäftsführer Wehrlein aus. Allerdings

²⁴ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 10. Dezember 1954, vom 20. Januar 1955 sowie vom 7. März 1955, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²⁵ Mündliche Auskunft Ludwig Nell vom 27. Januar 1999. Vgl. Die Freiheit vom 16. Januar 1956 sowie das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 20. Januar 1956, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²⁶ Vgl. Nachlaß August Fend, in: Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarchiv Hermann W. Morweiser sowie das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 14. Mai 1956, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²⁷ Mündliche Auskunft Kurt Seib vom 3. März 1999. Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 276 ff.

stand auf der Vorstandssitzung vom 24. Januar 1952 dann nicht nur die Neueinstellung eines Sekretärs auf der Tagesordnung, sondern auch erstmals die Zusammenlegung der Geschäftsstellen Ludwigshafen mit ihren 3 340 zahlenden Mitgliedern und Frankenthal mit 700 zahlenden Mitgliedern. Die Frankenthaler Vertreter Forthuber und Uhrig zeigten sich von der Entwicklung überrascht, begrüßten sie aber grundsätzlich. Problematisiert wurde vom Ludwigshafener Kreisvorstand, daß mit einer Fusion auch die notwendige Beschäftigung eines weiteren Sekretärs sowie die Anschaffung eines „Kleinstwagens“ verbunden wäre²⁸.

Neuer Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen war dann ab 01. März 1952 Walter Klein²⁹. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, über den Bezirksleiter Will und in Kooperation mit dem Hauptvorstand in Stuttgart (!), die Anschaffung einer Schreibmaschine³⁰. Der Rücktritt von Johann Keilbach vom Vorsitz des Betriebsrates der Stadtverwaltung im August 1952 machte allerdings auch eine Neubesetzung des Vorsitzes der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen erforderlich. Sie erfolgte am 2. Oktober 1952 durch die Delegierten-Generalversammlung der Kreisverwaltung. Die Wahl fiel auf Richard Strecker, zu seinem Stellvertreter wurde Bruno Hoffmann gewählt³¹.

Auch mit dem neuen Vorstand ging die Strukturdebatte weiter. So regte Geschäftsführer Klein zur Betreuung der 3 000 organisierten Mitglieder (von insgesamt 6 000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sowie ca. 1 000 Beschäftigten im Transportgewerbe in Ludwigshafen) die Einstellung eines zweiten Sekretärs und die zusätzliche Vergrößerung des Organisationsgebietes an³². Zur Betreuung dieses vergrößerten Organisationsgebietes erhielt die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen am 11. Mai 1953 von der Hauptverwaltung in Stuttgart ein zinsloses Darlehn über DM 4.500,- zur Anschaffung eines PKW³³.

Auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 29. März 1953 wurden sowohl Richard Strecker als auch Bruno Hoffmann als Vorsitzende per Akklamation

²⁸ Vgl. die Protokolle des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 24. Januar 1952, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

²⁹ Vgl. die Protokolle des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 9. Januar 1952, vom 24. Januar 1952 und vom 14. Februar 1952, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁰ Vgl. die Protokolle des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 12. Mai 1952 und vom 12. September 1952, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³¹ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 25. August 1952 sowie das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³² Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 29. Oktober 1952, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³³ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 11. Mai 1953, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

bestätigt³⁴. Eine Diskontinuität erfolgte jedoch beim Geschäftsführer: Walter Klein wechselte zum 1. Mai 1954 zur ÖTV-Kreisverwaltung Heidelberg³⁵. Daraufhin wurde am 11. Juni 1954 dem Kreisvorstand von Edwin Will der Kollege Albrecht Mentrop aus Koblenz als möglicher neuer Geschäftsführer vorgestellt. Tatsächlich konnte sich dann Mentrop am 14. September 1954 gegen zwei weitere Bewerber durchsetzen³⁶. U.a. war er anschließend mit der Fortsetzung der Fusionsverhandlungen mit der Geschäftsstelle Frankenthal beauftragt. So führten die Verwaltungsstellen Ludwigshafen und Frankenthal am 31. März 1955 in Grünstadt eine gemeinsame Besprechung mit den Betriebsräten der amerikanischen Stationierungstreitkräfte durch. Am 23. Juni 1955 konnte Mentrop dem Vorstand 600 Neuzugänge seit dem Beginn seiner Tätigkeit in Ludwigshafen melden. Laut Mentrop wurden nach einer Betriebsversammlung der Stadtverwaltung Ludwigshafen mit dem ÖTV-Vorsitzenden Adolph Kummernuss im November 1955 täglich ca. 10 Neuaufnahmen getätigt. Auch beim Finanzamt Ludwigshafen sei ein erfreulicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, obwohl die DAG mit billigen Beiträgen „daselbst hausieren geht“. Entsprechend wurden im Jahr 1955 insgesamt DM 94 082,92 kassiert gegenüber DM 82 238,80 im Jahr 1954³⁷.

Die Generalversammlung der ÖTV Ludwigshafen bestätigte am 12. April 1956 Richard Strecker als Kreisvorsitzenden. Sein Stellvertreter war nun wieder Christian Käß. Bereits auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes wurde erneut der Anschluß der Verwaltungsstelle Frankenthal gefordert³⁸. Am 24. Juli 1956 wurde der Vorstand erstmals mit dem Übertritt von Kollegen zu den Christlichen Gewerkschaften Deutschlands konfrontiert. Die der CDU nahestehenden Christlichen Gewerkschaften konnten in der Folge aber auch in Ludwigshafen keinen nennenswerten Einfluß unter den Arbeitnehmern erreichen³⁹. Am Jahresende konnte der Vorstand eine weitere Zunahme der Mitgliedschaft bekanntgeben. Gleichzeitig war eine bedeutende Steigerung des Beitragsaufkommens zu verzeichnen.

³⁴ Vgl. das Protokoll der Delegierten-Generalversammlung, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁵ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 7. Mai 1954, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁶ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 11. Juni 1954 und 14. September 1954, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁷ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 7. März 1955, vom 6. April 1955, vom 23. Juni 1955, vom 24. November 1955 sowie vom 20. Januar 1956, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁸ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 14. Mai 1956, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

³⁹ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 24. Juli 1956, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen sowie Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996, S. 336 ff.

Umstritten war jedoch die Frage, ob vorrangiges Ziel der Mitgliederzuwachs oder die Beitragsehrlichkeit sei⁴⁰.

Allerdings vertagte die Bezirksvorstandssitzung am 23. Januar 1957 erneut die Zusammenlegung der Geschäftsstellen Ludwigshafen und Frankenthal. Am 4. April 1957 beschloß der Kreisvorstand Ludwigshafen im Gegensatz zur IG Chemie weiter am traditionellen Umzug zum 1. Mai festzuhalten. Obwohl seit Januar 1957 weitere 100 Neuaufnahmen (Gesamtmitgliederzahl in Ludwigshafen jetzt 3 332) zu verzeichnen gewesen waren, konnte sich die ÖTV-Ludwigshafen bei den rheinland-pfälzischen Betriebsratswahlen vom 8. bis 10. April 1957 nicht in allen Betrieben durchsetzen; so kam z.B. beim Finanzamt der Beamtenbund zum Zuge. Entsprechend blieb auch gerade bei der Organisation der Beamten die Beitragsfrage weiterhin einer der Hauptdiskussionspunkte des Kreisvorstandes⁴¹.

Die Organisationskonkurrenz veranlaßte den Kreisvorstand Ludwigshafen am 24. Januar 1958, auch an die Bezirkskonferenz zur Weiterleitung an den Gewerkschaftstag den Antrag zu stellen, daß alle Gewerkschaften einheitliche Unterstütungen zahlen sollten. Am 2. Februar 1958 beschloß der Kreisvorstand Ludwigshafen in der Lohnfrage für die Gemeindearbeiter erstmals seit Gründung der ÖTV-Ludwigshafen „das letzte gewerkschaftliche Mittel“, also den Streik, einzusetzen. Im September 1958 lag endlich die Empfehlung des Bezirksvorstandes für den Zusammenschluß der Geschäftsstellen Ludwigshafen und Frankenthal vor. Während der Kreisvorstand Ludwigshafen bei einer Stimmenthaltung dieser Empfehlung folgte, ging es bei der Generalversammlung in Frankenthal hoch her. Kritisiert wurden sowohl der Ludwigshafener Kreisvorsitzende Strecker als auch Geschäftsführer Mentrop. Sogar in Sachen August Fend wurde debattiert. Letztlich stimmten zwar 46 Delegierte für die Fusion, aber immerhin 38 - insbesondere aus Grünstadt - dagegen⁴².

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal in den sechziger Jahren

⁴⁰ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 15. November 1956, vom 21. Dezember 1956 und vom 22. Januar 1957, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴¹ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 22. Januar 1957, vom 4. April 1957, vom 5. Juni 1957 und vom 21. Oktober 1957, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴² Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 16. Januar 1958, vom 22. Februar 1958, vom 8. April 1958, vom 3. Juli 1958, vom 17. September 1958 und vom 17. November 1958, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Die neue ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal umfaßte zum 1. Januar 1959 4 246 Mitglieder, darunter 3 557 aus Ludwigshafen und 689 aus Frankenthal. Auf der ersten gemeinsamen Kreisvorstandssitzung thematisierte Geschäftsführer Albrecht Mentrop die Notwendigkeit des engeren Austausches zwischen den Vertrauensleuten aus Frankenthal und Ludwigshafen⁴³. Da sich der Mitgliederstand während des ganzen Jahres kaum bewegte, beschloß der Kreisvorstand am 25. Januar 1960, sich an einer Mitgliederkampagne des Hauptvorstandes zu beteiligen. Ein herausragendes Ergebnis erzielte dabei bis zum 30. April 1960 Georg Süß, der beim städtischen Elektrizitätswerk 45 neue Mitglieder warb. Die neugewonnenen Mitglieder verstärkten aber auch die Personalnöte der Kreisverwaltung, so daß der Kreisvorstand am 22. August 1961 vom Bezirksvorstand die Beschäftigung eines eigenen Sekretärs für den Landkreis Frankenthal forderte⁴⁴.

Neben diesen organisatorischen Problemen zeichneten sich ab Januar 1960 aber auch neue personelle Konflikte innerhalb der ÖTV-Kreisverwaltung ab. So war es am 21. Januar 1960 auf der Arbeitstagung für Betriebs- und Personalräte zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Kreisvorsitzenden Strecker und Käß sowie Geschäftsführer Mentrop auf der einen Seite und Waldemar Frenzel, dem seit 1956 amtierenden Vorsitzenden des Personalrates der Stadtwerke der Stadt Ludwigshafen, gekommen. Dieser Konflikt hielt das ganze Jahr 1960 über an; trotzdem beschloß der Kreisvorstand am 17. Februar 1961, der Kreisdelegiertenkonferenz Richard Strecker wieder als Vorsitzenden sowie Christian Käß und den Personalratsvorsitzenden der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Selbach, als seine Stellvertreter vorzuschlagen⁴⁵.

Überraschend war dann aber dem pfälzischen SPD-Organ „Die Freiheit“ vom 22. Februar 1961 zu entnehmen, daß nicht Richard Strecker sondern Herbert Müller jr. zum neuen Kreisvorsitzenden und nur Paul Selbach zu seinem Stellvertreter gewählt worden war. In der Folge eskalierte der Konflikt Strecker-Frenzel weiter. So versuchte Richard Strecker nun bei der bevorstehenden Betriebsratswahl bei den Ludwigshafener Stadtwerken mit einer eigenen Liste zu kandidieren; erhielt hierfür aber keine Unterstützung durch die ÖTV. Vorsorglich kündigte er bereits seinen Übertritt zur DAG an, falls die ÖTV gegen ihn ein

⁴³ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 19. März 1959, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴⁴ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 25. Januar 1960, vom 21. März 1960 und vom 22. August 1960, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴⁵ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 25. Januar 1960, vom 21. März 1960, vom 2. Dezember 1960 und vom 17. Februar 1961, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Ausschlußverfahren eröffnen sollte. Letztlich zog aber Strecker seine Liste zurück und Waldemar Frenzel wurde als Personalratsvorsitzender bei den Ludwigshafener Stadtwerken bestätigt. Vor diesem Hintergrund kommentierte Herbert Müller jr. die Betriebsratswahlen 1961 für die ÖTV als „teils zufriedenstellend und teils auch nicht“. Am 18. Dezember 1961 entzog der Kreisvorstand seinem ehemaligen Vorsitzenden Strecker dann endgültig das Vertrauen, in dem er ihn auch nicht mehr für den Vorstand der AOK Ludwigshafen nominierte⁴⁶.

Zuvor hatte am 23. März 1961 der Kreisvorstand einstimmig beschlossen, auf eine Demonstration am 1. Mai zu verzichten. Dennoch zeigte er sich am 9. Mai 1961 mit dem erzielten Tarifabschluß von 9% statt der angestrebten 15% unzufrieden, sah sich aber gleichzeitig vor die schwierige Aufgabe gestellt, nun bei den Mitgliedern wieder einen höheren Beitrag einzufordern. Zusätzlich stand weiterhin das ungelöste Problem eines Sekretärs für die Nebenstelle Frankenthal auf der Tagesordnung. Dies konnte zwar im Juni 1962 endlich gelöst werden, hatte aber inzwischen offensichtlich soviel Unmut erzeugt, daß die Frankenthaler Kollegen auf der Kreisvorstandssitzung am 18. September 1962 für sich wieder einen eigenen „Nebenstellen-Vorstand“ forderten⁴⁷.

Ab Januar 1963 trat dann der Betriebsratsvorsitzende bei der Grünstadter Stadtverwaltung, Stahl, in Versammlungen offen mit der Forderung auf, die Selbständigkeit der Nebenstelle Frankenthal-Grünstadt wiederherzustellen, was innerhalb des Kreisvorstandes erhebliche Unruhe erzeugte. Entsprechend knapp mit 8 gegen 7 Stimmen lehnte der Kreisvorstand am 28. November 1963 eine Spaltung ab, was Stahl mit seinem vorübergehenden Austritt aus der ÖTV beantwortete. Aber auch mit internen Personalfragen mußte sich der Kreisvorstand befassen, da Herbert Müller jr. erklärt hatte, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Daraufhin einigte sich der Kreisvorstand einstimmig am 20. Januar 1964, der Generalversammlung am 13. Februar 1964 Christian Käß als Vorsitzenden und Ludwig Nell als seinen Stellvertreter vorzuschlagen⁴⁸.

⁴⁶ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 2. März 1961, vom 23. März 1961, vom 9. Mai 1961 und vom 18. Dezember 1961, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴⁷ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 23. März 1961, vom 9. Mai 1961, vom 8. Juni 1961, vom 18. September 1961, vom 6. November 1961, vom 18. Dezember 1961, vom 22. Januar 1962, vom 2. April 1962, vom 21. Mai 1962, vom 19. Juni 1962 und vom 18. September 1962, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁴⁸ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 17. Januar 1963, vom 29. April 1963, vom 8. Juli 1963, vom 26. September 1963, vom 28. November 1963 und vom 20. Januar 1964, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Diesmal folgten die Delegierten wieder der Empfehlung des Kreisvorstandes und bestätigten sowohl Käß als auch Nell. Zudem konnte der bisherige Kreisvorsitzende, Herbert Müller jr., auf der Kreisvorstandssitzung am 16. März 1964 mitteilen, daß der Bezirksvorstand die Selbständigkeit der Nebenstelle Frankenthal-Grünstadt ablehne. Auch der neue Kreisvorstand mußte sich sowohl mit Alltagsproblemen, wie die Ersetzung der noch aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Büromöbel in der Geschäftsstelle, als auch mit seinen originären Aufgaben, wie der Übernahme der Ludwigshafener Straßenbahnen durch die dortige Stadtverwaltung oder mit den Vorbereitungen auf die für 1965 angesetzten Betriebsratswahlen befassen⁴⁹.

Bei den dann im April 1965 durchgeführten Betriebsratswahlen war die ÖTV im Bereich der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal durchgängig erfolgreich. Entsprechend optimistisch zeigte sich der Kreisvorstand auch, bei dem neuen sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Werner Ludwig, bei den Gehaltszahlungen für die städtischen Angestellten eine direkte Abführung der Gewerkschaftsbeiträge erreichen zu können. Letztendlich einigte sich der Kreisvorstand aber darauf, die städtischen Angestellten mit einem Anschreiben nur um einen Dauerauftrag zu bitten⁵⁰.

Auch in Frankenthal erhoffte sich der Kreisvorstand von einem Gespräch mit dem sozialdemokratischen „OB und der Partei“ einen Beitrag zur Vorwärtsentwicklung der Organisation, insbesondere, da dort die konkurrierende konservative „KOMBA-Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst e.V.“ fünf von elf Personalräten bei der Stadtverwaltung stellte. Die Nebenstelle Frankenthal wurde seit 1. März 1965 von dem Kollegen Georg Schertel betreut, der sich zum Ziel gesetzt hatte, dort die Mitgliederzahl der ÖTV auf 1 000 zu steigern. Bereits zum 28. Februar 1966 mußte er aber vor dem Kreisvorstand selbstkritisch feststellen, daß er in Frankenthal ohne einen dort ansässigen Vorstand „nicht mehr weiter käme“. Kreisvorsitzender Käß und Geschäftsführer Mentrop unterstützten diese Position und forderten: „Wenn sich die Nebenstelle rentieren sollte, müßten es 1 200 Mitglieder sein.“ Auf der Kreisvorstandssitzung am 20. Juni 1966 stellte Geschäftsführer Mentrop fest: „Auch haben wir in Frankenthal sehr hohe Auslagen, gegenüber den Einnahmen“ und forderte „für die Nebenstelle Frankenthal eine für

⁴⁹ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 16. März 1964, vom 21. Mai 1964, vom 7. Juli 1964, vom 27. August 1964, vom 5. November 1964, vom 14. Dezember 1964 und vom 22. März 1965, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁵⁰ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 31. Mai 1965 und vom 20. September 1965, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Ludwigshafen zufriedenstellende Lösung“. Entsprechend sprach sich der Kreisvorstand auf seiner Sitzung am 31. Oktober 1966 dafür aus, in Frankenthal unter Einschluß von Grünstadt und eventuell noch Alzey wieder eine selbständige Geschäftsstelle zu bilden, was der anwesende ÖTV-Bezirksleiter Rothländer jedoch ablehnte⁵¹.

Offensichtlich war das Verhältnis zwischen der Bezirksleitung in Mainz und der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal anschließend nicht mehr das beste, denn auf der Kreisvorstandssitzung am 2. Oktober 1967 forderte der Vorstand auch weiterhin für seinen Vorsitzenden einen Sitz im Bezirksvorstand, ansonsten werde der Kreisvorstand geschlossen zurücktreten. Vordringlich mußte aber erst einmal ein Nachfolger für Christian Käß gefunden werden, da dieser am Schluß der Sitzung erklärte, aus gesundheitlichen Gründen nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Daraufhin schlug am 17. November 1967 der Personalratsvorsitzende der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Liebel, die ÖTV-Bezirkssekretärin und SPD-Stadträtin, Heny Roos, als neue Kreisvorsitzende vor. Die Entscheidung über den Stellvertreter wurde der Generalversammlung überlassen⁵². Tatsächlich wurde dann am 5. Januar 1968 Heny Roos von Generalversammlung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal zur neuen Kreisvorsitzenden sowie die Personalratsvorsitzenden der Technischen Werke Ludwigshafen, Waldemar Frenzel, und der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Paul Liebel, zu ihren beiden Stellvertretern gewählt⁵³.

Das neue Führungstrio gestaltete die Arbeit des Kreisvorstandes wieder wesentlich politischer. So wurden die Kollegen bereits am 22. Januar 1968 darüber informiert, daß sich bei den Pfalzwerken eine CDU-Betriebsgruppe gegründet hatte. Falls diese zu den Betriebsratswahlen kandidieren sollte, wurde eine Gegenkandidatur der SPD-Betriebsgruppe erwogen, letztlich aber doch hin zu einer offiziellen ÖTV-Liste orientiert. Gleichzeitig wurden die Gewerkschaftssekretäre zu politischer Rückhaltung gemahnt. So kritisierte Waldemar Frenzel, daß der zum 30. April 1968 ausgeschiedene Geschäftsführer Mentrop sich auf einer SPD-Versammlung in der Ludwigshafener Gartenstadt ohne einen entsprechenden Beschluß des ÖTV-Kreisvorstandes namens der Gewerkschafter gegen die Notstandsgesetze ausgesprochen habe. Auch sei der „Chemie-Sekretär, Kollege Selzer, als

⁵¹ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 31. Mai 1965, vom 29. November 1965, vom 28. Februar 1966 und vom 31. Oktober 1966, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁵² Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 2. Oktober 1967 und vom 17. November 1967, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁵³ Vgl. Die Rheinpfalz vom 17. November 1967.

Gewerkschaftssekretär innerhalb eines Marxistischen Forums aufgetreten“, was Frenzel als „für einen Gewerkschaftssekretär und seine Arbeit fragwürdig“ bezeichnete⁵⁴.

Zentraler Diskussionspunkt des neuen Vorstandes war jedoch die Beitragsregelung. So wandte sich zunächst im Juli 1968 der Bezirksvorstand an den Kreisvorstand zwecks Anschluß der Ludwigshafener Geschäftsstelle an die zentrale Datenverarbeitungsstelle des Hauptvorstandes. Damit sollte die bisherige persönliche Beitragskassierung durch ehrenamtliche Kassierer der ÖTV von einem zentralen Beitragsabzug ersetzt werden. Tatsächlich zahlten zu diesem Zeitpunkt aber bereits über 50% der Mitglieder im Bereich der Geschäftsstelle Ludwigshafen-Frankenthal per Dauerauftrag und Lohnabzugsverfahren. Dennoch wurde im Kreisvorstand nun heftig darüber gestritten, ob man nicht bei einem Verzicht auf die Kassierer den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen verlieren würde. Außerdem, „viele Kollegen hätten gar kein Bankkonto und würden sich wegen der Gewerkschaft auch keins anlegen“. Letztlich beschloß der Vorstand aber am 9. September 1968, „sich dieser Neuerung nicht zu verschließen“. Anschließend rückte die Beitragshöhe in den Mittelpunkt der Debatte. Erreicht werden sollte dabei unter Verweis auf die erfolgreichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen der ÖTV eine Anhebung des Beitrages von DM 5,- auf DM 8,-. Allerdings mußte der Kreisvorstand am 14. Mai 1969 feststellen, daß „fast ganze Betriebsabteilungen einer Beitragsangleichung ablehnend gegenüberstünden“. Daraufhin beschloß der Kreisvorstand statt mit einer „Holzhammerpolitik“ in einem persönlichen Gespräch das Mitglied zu einer Beitragsangleichung zu bewegen⁵⁵.

Die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal

Die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal hatte zum 31. Dezember 1968 4 793 Mitglieder, die Kreisverwaltung Speyer 1 985. Die erste Diskussion im Kreisvorstand Ludwigshafen betreffend eines Anschlusses der Geschäftsstelle Speyer erfolgte am 11. Juni 1969, woran auch der ÖTV-Vorsitzende von Speyer, Pallentien, teilnahm. Anlaß war der Vorschlag der Bezirksverwaltung, die Geschäftsstellen Ludwigshafen, Speyer und Neustadt zusammenzulegen. Vorgesehen waren für diese Kreisverwaltung vier Sekretäre und vier

⁵⁴ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 22. Januar 1968 und vom 13. Mai 1968, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁵⁵ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 9. Juli 1968, vom 9. September 1968, vom 11. März 1969 und vom 14. Mai 1969, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Angestellte, um eine „Spezialisierung“ der Sekretäre zu erreichen. Kollege Pallentien sprach sich auf der Sitzung dafür aus, sich „ernsthaft mit der Sache“ zu befassen⁵⁶.

Die geplante Neuordnung wurde jedoch noch einmal zurückgestellt, da die ÖTV den Anschluß an die gesellschaftliche Entwicklung zu verlieren drohte: Vor dem Hintergrund der Großen Koalition in Bonn war es in der Bundesrepublik zu einer Vielzahl wilder Streiks gekommen, die bei den Arbeitnehmern den Eindruck hinterließen, mit spontanen Streiks mehr erreichen zu können als die Gewerkschaften. Auch der ÖTV-Kreisvorstand Ludwigshafen-Frankenthal befaßte sich am 18. September 1969 mit dieser schwierigen Situation, insbesondere aber in der Absicht, einen wilden Streik beim städtischen Fuhrpark in Ludwigshafen zu verhindern. Tatsächlich gelang es dann der ÖTV am 25. September 1969 mit dem Abschluß eines Zusatztarifvertrages über eine einmalige Zuwendung von DM 300,- die Situation zu beruhigen und damit die Kolleginnen und Kollegen wieder an die Organisation zu binden⁵⁷.

Entsprechend vollzog sich dann - vor dem Hintergrund einer politischen Stabilisierung in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wahl der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt am 28. September 1969 und im Rahmen der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz - die Etablierung der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ab dem 1. März 1970: Die Kreisverwaltung Speyer brachte 2 015 Mitglieder ein; gleichzeitig wurden rund 650 Mitglieder aus dem Bereich Grünstadt an die Kreisverwaltung Neustadt abgegeben⁵⁸. In das bisherige Führungstrio um Heny Roos wurde Bernd Pallentien aus Speyer kooptiert. Mit der erstmaligen Wahl eines Sozialdemokraten zum Bundeskanzler standen die Gewerkschaften aber vor dem Interessenkonflikt, auf der einen Seite der Erwartung vieler Mitglieder auf einen nun spürbaren ökonomischen und sozialpolitischen Fortschritt entsprechen zu müssen und auf der anderen Seite mit Willy Brandt „einen der ihren“ stützen zu wollen. Bis 1974 gelang dieser Spagat sehr erfolgreich: So konnte organisationspolitisch am 1. April 1971 der Mitgliedsbeitrag auf ein Prozent des Bruttoeinkommens festgelegt werden, am 8. Januar 1972 wurde die 40-Stunden-Woche im

⁵⁶ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 11. Juni 1969, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁵⁷ Vgl. das Protokoll des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen vom 18. September 1969, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen sowie Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996, S. 369.

⁵⁸ Schriftliche Mitteilung von Alfred Uhrig vom 15. September 1999.

Öffentlichen Dienst zum 1. Oktober 1974 festgelegt und am 13. September 1973 das 13. Monatsgehalt für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst erreicht.

Die Erfolgsbilanz endete aber schlagartig im Oktober 1973 mit dem israelisch-arabischen Krieg und der nachfolgenden Ölkrise, die eine weltweite Rezession zur Folge hatte. In der Bundesrepublik stieg die Inflationsrate auf 8%, der die ÖTV eine Lohn- und Gehaltsforderung von 15% entgegen stellte, die wiederum die Bundesregierung mit einer Lohnleitlinie von 10% beantwortete. Nach vier gescheiterten Verhandlungsrunden standen die Zeichen auf Streik: Am 5. Februar 1974 zogen über 1 000 ÖTV-Mitglieder von Ludwigshafen über die Rheinbrücke zu einer Protestkundgebung nach Mannheim. Gleichzeitig blieben Busse und Straßenbahnen für zwei Stunden im Ludwigshafener Straßenbahndepot. Gestreikt wurde dann ab dem 11. Februar 1974: In Ludwigshafen beteiligten sich u.a. der städtische Bauhof und der städtische Fuhrpark sowie die Verkehrsbetriebe, in Frankenthal der Bauhof und die Müllabfuhr sowie in Speyer die Müllabfuhr und die Standortverwaltung der Bundeswehr. Sympathiebekundungen der Bevölkerung während des Streiks waren die Regel und so waren bereits am 13. Februar 1974 elf Prozent mehr Lohn - mindestens aber DM 170,- durchgesetzt. Die Gewerkschaft ÖTV hatte die Interessen ihrer Mitglieder erfolgreich gewahrt, allerdings die Position von Bundeskanzler Brandt sichtlich angeschlagen, der den Abschluß mit „schwersten Bedenken gesamtwirtschaftlicher Art“ kommentierte⁵⁹.

Dennoch wurde auch noch im Oktober 1975 - also bereits ein Jahr nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt - der Streik vom Februar 1974 von der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1972 bis 1975 als erfolgreicher Streik bewertet. Als wesentliche Maßnahmen im Berichtszeitraum wurden von der Kreisverwaltung „die Erfassung weiterer Mitgliederteile in die EDV und der damit in Zusammenhang stehenden Übernahme in das Beitragsabrufverfahren“ sowie die „kontinuierliche Heranführung der Beiträge an die satzungsgemäße Höhe“ aufgeführt. Tatsächlich lag der Beitragssoll der 6 385 Mitglieder (49,1% Arbeiter, 41,6% Angestellte, 9,3% Beamte) zum 30. Juni 1975 bei 97%. Eine „nicht immer zu schließende Lücke“ war in

⁵⁹ Vgl. die Berichterstattung über den Streik im Öffentlichen Dienst im Bereich der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal in den Ausgaben der Rheinpfalz vom 6. bis 14. Februar 1974.

der Geschäftsstelle durch den Unfalltod von Georg Schertel, des Leiters der Nebenstelle Frankenthal, entstanden⁶⁰.

Eine weitere Lücke mußte die Kreisdelegiertenversammlung am 24. Oktober 1975 schließen, denn Heny Roos hatte bereits im Juni 1975 mitgeteilt, daß sie nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stehen würde. Daraufhin wählten 98 von 120 Delegierten Waldemar Frenzel zum neuen Kreisvorsitzenden, zu seinen Stellvertretern wurden Paul Liebel (Ludwigshafen), Walter Strobel (Speyer) und Johannes Scherr (Frankenthal) gewählt. Die Delegierten wandten sich entschieden gegen den Abbau sozialer Leistungen und gegen Privatisierungstendenzen im Öffentlichen Dienst, beschlossen aber einstimmig in der nächsten Lohnrunde, lediglich den Ausgleich der Inflationsrate zu fordern⁶¹.

Zu seiner ersten Sitzung nach der Kreisdelegiertenversammlung trat der geschäftsführende Vorstand am 13. November 1975 zusammen. Dabei informierte Geschäftsführer Uhrig u.a. über den Umzug der Geschäftsstelle in größere Räume innerhalb des Ludwigshafener DGB-Hauses und bat um die Anschaffung eines neuen Fotokopierers, da monatlich ca. 100 Kopien (!) anfallen würden. Auch würden ab Januar 1976 keine Beitragsmarken mehr ausgegeben. Die Unterkassierer sollten nun bei der Umstellung auf bargeldlose Zahlung mithelfen⁶². Der neue Kreisvorstand tagte erstmals am 12. Dezember 1975. Hier informierte Kollege Uhrig u.a. über den Austritt des vorherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Pallentien aus Speyer - ganz offensichtlich eine Reaktion auf seine Nichtwiederwahl in den Kreisvorstand⁶³.

Auf der ersten Sitzung des Kreisvorstandes im Jahr 1976 einigten sich die Mitglieder bei den kommenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf eine Forderung von 7,5% Lohnerhöhung, mindestens jedoch 135,- DM. Waldemar Frenzel betonte ausdrücklich, daß „in einer Zeit, in der um die Arbeitsplätze gebangt wird, keine Bereitschaft für einen Arbeitskampf zu finden sei“⁶⁴. Auf der Kreisvorstandssitzung am 18. Februar 1976 konnte Kollege Uhrig mitteilen, daß alle 6 377 Mitglieder durch die Umstellung aller Beitragszahler in das

⁶⁰ Vgl. Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, 1972-1973, 1974-1975, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶¹ Vgl. Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 24. Oktober 1975, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶² Vgl. Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes am 13. November 1975 in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶³ Vgl. Protokoll der Jahresabschlußsitzung des Kreisvorstandes am 12. Dezember 1975, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 7. Januar 1976, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Lastschriftverfahren nun „echte Mitglieder“ seien; lediglich im Bereich der Rentner gäbe es noch einige Karteileichen. Ein Mitgliederrückgang sei nur bei der LVA in Speyer zu verzeichnen, was auf eine falsche Gewerkschaftspolitik der ehemaligen Kreisverwaltung Speyer, insbesondere in der Beitragsfrage, zurückzuführen zu sei⁶⁵.

Der politische Extremismus und die ÖTV-Kreisverwaltung in den siebziger Jahren

Nachdem sowohl die am 26. September 1968 in Nachfolge der 1956 verbotenen KPD gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) als auch die bereits 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei der Bundestagswahlen 1969 bzw. 1972 an der 5%-Hürde gescheitert waren, spielte der politische Extremismus in den Diskussionen des ÖTV-Kreisvorstandes Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal bis Mitte der siebziger Jahre keine Rolle. Dies änderte sich jedoch ab 1976 mit dem Auftreten maoistischer Gruppen - insbesondere des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) - in Ludwigshafen. So informierte Geschäftsführer Uhrig zum ersten Mal am 18. Februar 1976 darüber, daß in der KBW-Zeitung für die Städtischen Krankenanstalten in Ludwigshafen in Bezug auf die ÖTV von „wir“ gesprochenen werde. Entsprechend forderte er den Kreisvorstand auf, sich in einem eigenen Flugblatt von dieser Gruppe zu distanzieren. Außerdem wies er auf die Möglichkeit hin, ÖTV-Mitglieder dieser Gruppe auszuschließen. Daraufhin schlug Waldemar Frenzel vor, daß das ÖTV-Flugblatt gezielt von den Personalräten bei den Städtischen Krankenanstalten verteilt werden sollte⁶⁶.

Während Linksextremisten also die Gewerkschaften zu unterwandern versuchten, wurde auf der rechten Seite auf eine Spaltung gesetzt. So berichtete Geschäftsführer Uhrig dem Kreisvorstand am 14. Dezember 1976 über Versuche der NPD, bei den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen Mitglieder für den Deutschen Arbeiternehmerverband (DAV) zu werben⁶⁷. Bei den Vorbereitungen zu den Personalratswahlen für 1977 diskutierte der Kreisvorstand erstmals über die Möglichkeit, Vorschlagslisten den Namen ÖTV zu untersagen, falls sich darunter auch KBW-Mitglieder befanden⁶⁸. Im April 1977 erschien dann auch das bereits im

⁶⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 18. Februar 1976, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 18. Februar 1976, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 14. Dezember 1976, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁶⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 16. Februar 1977, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Februar 1976 im Kreisvorstand diskutierte Flugblatt, worin sich die ÖTV gegen die Aktivitäten der KBW-Zelle in den Städtischen Krankenanstalten wandte. Auf der Kreisvorstandssitzung am 25. Mai 1977 wurde ein erstes Ausschlußverfahren aus der ÖTV gegen ein Mitglied des Personalrates der Städtischen Krankenanstalten, das dem KBW angehörte, beschlossen⁶⁹. Allerdings beschloß der Kreisvorstand am 16. Dezember 1977 auch, sich für die Einstellung eines DKP-Mitgliedes in den Schuldienst einzusetzen und kritisierte die Weiterleitung einer entsprechenden Unterschriftenliste an den Verfassungsschutz. Gleichzeitig verwies Geschäftsführer Uhrig jedoch darauf, daß die Abteilung Sozialarbeit von „linkstendierenden“ Mitgliedern beherrscht werde, die nicht nur fachbezogene Themen diskutierten. Häufig würden Fragen zur Kernenergie ins Spiel gebracht. Zudem wurde ein weiteres Ausschlußverfahren aus der ÖTV gegen ein Mitglied der Vertrauensleute der Städtischen Krankenanstalten, das dem KBW angehörte, eingeleitet. Entsprechend beschloß der Kreisvorstand am 31. Januar 1978 auch, die gewerkschaftliche Arbeit in den Städtischen Krankenanstalten „neu auf die Beine zu stellen“, da „nach dem heutigen Stand der Dinge keine Gewerkschaftsarbeit zu machen ist“⁷⁰.

Erst im Juni 1978 wurde der Ausschluß der beiden KBW-Mitglieder aus der ÖTV von der Hauptverwaltung bestätigt. Geschäftsführer Uhrig ging davon aus, daß „sicherlich keine Beschwerde“ von beiden Betroffenen eingehe. Zudem konnte er verkünden, daß von Seiten der NPD keine Werbung mehr für den Deutschen Arbeiternehmerverband bei den Verkehrsbetrieben Ludwigshafen erfolgen würde. Hingegen war die gewerkschaftliche Situation bei den Städtischen Krankenanstalten durch die Ausschlüsse noch keineswegs stabilisiert. So berichtete der zuständige Kreisverwaltungssekretär, Wolfgang Manzke, auf der Sitzung vom 7. Juli 1978 über heftige Auseinandersetzung zwischen ÖTV- und KBW-Sympathisanten auf der vorangegangenen Personalversammlung. Auch bei der Vertrauensleutenvollversammlung im Dezember 1978 sah sich der Kreisvorstand noch einmal heftigen Angriffen von KBW-Mitgliedern ausgesetzt. Endgültig abgewehrt wurden diese gewerkschaftsfeindlichen Angriffe mit den Vertrauensleutewahlen im Februar 1979. Zudem

⁶⁹ Vgl. das entsprechende Flugblatt sowie das Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 25. Mai 1977, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 16. Dezember 1977, vom 31. Januar 1978 und vom 10. Mai 1978, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

beteiligte sich der KBW in der Folge am Gründungsprozeß der Grünen und trat deshalb auch innerhalb der Ludwigshafener ÖTV nicht mehr in Erscheinung⁷¹.

Die Entwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung bis zum Ende der sozialliberalen Koalition

Neben der Abwehr des politischen Extremismus hatte die ÖTV-Kreisverwaltung ab Mitte der siebziger Jahre insbesondere aber die sozialen Standards der Mitglieder vor dem Hintergrund öffentlicher Einsparungen zu verteidigen. So protestierten z.B. am 26. April 1976 in Ludwigshafen auf einer Demonstrationskundgebung 1 600 städtische Mitarbeiter gemeinsam mit dem Personalratsvorsitzenden Paul Liebel und Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig gegen eine Änderung der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz, die den Rahmen der freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt erheblich einschränkte. Der ÖTV-Landesvorsitzender Anders verwies vor den Kundgebungsteilnehmern auf den vorangegangenen mäßigen Tarifabschluß und bezeichnete die Maßnahme der CDU-Landesregierung deshalb als „politisch instinktlos“⁷².

Im September 1976 mußte der Kreisvorstand erstmals einen leichten Mitgliederrückgang zur Kenntnis nehmen, worauf bis einschließlich Juni 1977 eine Mitgliederkampagne initiiert wurde⁷³. Zunächst einmal mußte der Kreisvorstand jedoch am 14. Dezember 1976 feststellen, daß „zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Streikbereitschaft nicht vorhanden“ sei, vielmehr sei die Basis „müde“, so daß man sich in Bezug auf die Tarifrunde 1977 der Forderung des Hauptvorstandes nach einer Mindestlohnerhöhung von DM 150,- anschloß. Trotzdem gelang es auch für diese Forderung anschließend der ÖTV nicht, in Ludwigshafen ihre Mitglieder zu „spontanen Aktionen“ zu bewegen⁷⁴. Erfolgreich wurde hingegen Ende Juni 1977 die Mitgliederkampagne abgeschlossen. In deren Rahmen wurden 1 051 neue Mitglieder geworben; zudem wurden weitere Mitglieder von der ÖTV-Kreisverwaltung Neustadt übernommen, so z.B. im Februar 1977 die Betriebsangehörigen der Rheinhardtbahn, der Pfalzwerke und der LVA Edenkoben. Damit zählte die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-

⁷¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 7. Juli 1978, vom 30. Januar 1979 und vom 6. Juni 1979, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷² Vgl. Die Berichterstattung über die Demonstrationskundgebung, in: Die Rheinpfalz von 27. April 1976.

⁷³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 24. September 1976, vom 14. Dezember 1976 und vom 16. Februar 1977, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 14. Dezember 1976 und vom 16. Februar 1977, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Speyer-Frankenthal nun über 6 500 Mitglieder, so daß am 15. September 1977 dem Kreisvorstand mit Willi Löv ein dritter Sekretär präsentiert werden konnte⁷⁵.

Bedroht erschien die positive Mitgliederentwicklung der ÖTV-Kreisverwaltung erstmals wieder im April 1978, als die GdP als 17. Säule in DGB aufgenommen wurde und sich damit der Übergang von ÖTV-Mitgliedern innerhalb der Kreisverwaltung zu dieser neuen Spartengewerkschaft ankündigte⁷⁶. Einen Verbündeten bei der Sicherung ihres Mitgliederstandes hatte die ÖTV jedoch noch immer mit dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister und ÖTV-Mitglied, Dr. Werner Ludwig, der bei einem Empfang für den Hauptvorstand am 24. November 1978 die gute Zusammenarbeit mit der ÖTV herausstellte und betonte: „Wir brauchen das Miteinander“⁷⁷. Entsprechend konnte Geschäftsführer Uhrig auf der Jahresabschlußsitzung des Kreisvorstandes - trotz der Abgänge zur GdP - einen weiteren Mitgliedererfolg bekanntgeben, so daß die Geschäftsstelle nun 6 818 Mitglieder betreute, die einen Durchschnittsbeitrag von DM 16,70 leisteten⁷⁸.

Während der Kreisvorstand im Jahr 1979 extern sich bei der Tarifrunde für die Beibehaltung eines einheitlichen Urlaubsgeldes aussprach, hatte er sich intern mit der krisenhaften Entwicklung des DGB zu beschäftigen. So wurden die hohen Mietkosten im Ludwigshafener DGB-Haus und das mangelnde Engagement der DGB-Vermögensverwaltung für das Gebäude kritisiert, beschlossen beim 1. Mai neue Wege zu gehen, in dem man die Kundgebung vom Ebertpark in die Ludwigshafener Fußgängerzone verlagerte und das finanzielle Ende der Büchergilde Gutenberg konstatiert⁷⁹. Entsprechend betonte die Kreisverwaltung in ihrem Geschäftsbericht für die Jahre 1975 bis 1979 insbesondere die Mitgliedererfolge und die hohe Zahl von Vertrauensleuten, so daß auf 12 Mitglieder eine Vertrauensperson kam, verschwieg aber auch nicht „erschreckend schlecht“ besuchte Mitgliederversammlungen. Der Geschäftsbericht lag den 134 Delegierten der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Oktober 1979 vor. Bei 10 Nein-Stimmen wurde Waldemar Frenzel als Kreisvorsitzender bestätigt, zu seinen Stellvertretern wieder Paul Liebel aus

⁷⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 15. September 1977, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 16. Dezember 1977, vom 31. Januar 1978 und vom 10. Mai 1978, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷⁷ Vgl. Die Berichterstattung über den Empfang, in: Die Rheinpfalz von 24. November 1978.

⁷⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 8. Dezember 1978 sowie vom 30. Januar 1979, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁷⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 30. Januar 1979, vom 6. Juni 1979, vom 14. August 1979 und vom 15. Oktober 1979, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Ludwigshafen und Johannes Scherr aus Frankenthal sowie neu Gustav Pade aus Speyer gewählt. Der ÖTV-Landesvorsitzende, Hans Anders, forderte in seinem Referat von den Unternehmern Preisdisziplin und betonte die Rolle der Einheitsgewerkschaft gegenüber Spaltungsversuchen von Seiten der CSU⁸⁰.

Auch der neue Kreisvorstand befaßte sich zu Beginn seiner Amtszeit mit seiner originären Aufgabe, der neuen Tarifrunde für das Jahr 1980. Dabei einigte man sich einstimmig auf einen Forderungskatalog in der Reihenfolge: Mindestbetrag, Urlaub, Prozente. Da es für diese Forderungen anschließend in Ludwigshafen sogar zu Warnstreiks kam, wurde der letztliche Abschluß von 6,3% ohne einen Festbetrag von den Kollegen als unbefriedigend wahrgenommen. Ebenso unbefriedigend wurde vom Kreisvorstand die Situation im DGB-Haus eingeschätzt, aber ein Auszug aus Solidarität mit den andern Gewerkschaften abgelehnt. Dagegen wurde die Mitgliederentwicklung positiv eingeschätzt und auch die Personalratswahlen 1980 waren mit 93 Mandatsträgern für die ÖTV von insgesamt 165 Gewählten ein Erfolg⁸¹.

Unter dem Eindruck des aus damaliger Sicht unbefriedigenden Tarifabschlusses 1980/81 beschloß der Kreisvorstand am 4. Dezember 1981 für das Jahr 1982 einen Flächenstreik und vorbereitend hierzu die Einsetzung eines Arbeitskampausschusses, falls die Arbeitgeber keine Änderungen bei den Sparmaßnahmen vornehmen würden. Jedoch konnte Geschäftsführer Uhrig bereits auf der nächsten Sitzung bekanntgeben, daß die geplanten Kürzungen vorläufig zurückgenommen seien. Auf der gleichen Sitzung befaßte sich der Kreisvorstand auch mit der Situation der Ausländer in Ludwigshafen und sprach für sich die Bildung eines Ausschusses für Ausländerfragen auf DGB-Ebene, aber gegen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus. Das zentrale innenpolitische Thema - der NATO-Doppelbeschluß - kam erstmals am 4. Juni 1982 zur Sprache, als Geschäftsführer Uhrig die Maifeier des DGB-Kreises Frankenthal kritisierte, wo der Auftritt der Kabarett-Gruppe „Das rote Rohr“ nicht mit der Auffassung der Gewerkschaften von Frieden und Freiheit in Einklang zu bringen gewesen sei. Auch der DGB-Bundeskongreß hatte sich laut der Delegierten Gisela Walter bei dem Diskussionspunkt „Frieden durch Abrüstung“ an der Debatte um die NATO-Nachrüstung beteiligt. Weitere Themen waren „Der Weg zur 35

⁸⁰ Vgl. Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 26. Oktober 1979, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 14. Februar 1980, vom 16. April 1980, vom 1. Juli 1980, vom 20. Oktober 1980 und vom 17. Dezember 1980, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Stunden-Woche“, „Ausländische Arbeitnehmer in der BRD“, die Frage des Rechtsextremismus und die Krise der „Neuen Heimat“ gewesen⁸².

Die ÖTV-Kreisverwaltung nach der Wende

Die erste Sitzung des Kreisvorstandes nach der Sommerpause im Jahr 1982 fand an einen historischen Datum statt. Während der Kreisvorstand am 1. Oktober um 14.00 Uhr in Ludwigshafen zu einer Sitzung zusammentrat, um die Tagesordnungspunkte: Geschäftliche Mitteilungen, Bericht vom Gewerkschaftstag, Vorbereitung auf die Kreisdelegiertenkonferenz, Schulungs- und Bildungsprogramm sowie Verschiedenes abzuhandeln, wurde um 15.12 Uhr in Bonn die Wahl des Ludwigshafener CDU-Politikers Dr. Helmut Kohl, durch ein konstruktives Mißtrauensvotum zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bekanntgeben. Zwölf Jahre sozialdemokratische Regierungsverantwortung waren damit beendet. Der ÖTV-Kreisvorsitzende Frenzel kommentierte diesen Vorgang auf der Jahresabschlußsitzung am 10. Dezember 1982 mit der Feststellung, daß „eine schwere Zukunft vor uns allen liege“⁸³.

Daß sich mit dem Regierungswechsel tatsächlich die Verhandlungspositionen für die Gewerkschaften verschlechtert hatten, machte sofort die Tarifrunde 1983 deutlich. Während die ÖTV mit der gemäßigten Forderung nach einem Preissteigerungsausgleich in die Verhandlung ging, forderte Bundesfinanzminister Stoltenberg eine Nullrunde für den Öffentlichen Dienst. Letztlich erfolgte der Anschluß bei 3,0% Lohnerhöhung, was deutlich unter der Inflationsrate von 4,5% lag. Im Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit sah aber auch der ÖTV-Kreisvorstand Ludwigshafen auf einer außerordentlichen Sitzung keine Chance auf einen erfolgreichen Abwehrstreik⁸⁴.

Auf den nächsten beiden regulären Sitzungen beschäftigte sich der Kreisvorstand dann am 15. Juni und 12. September 1983 mit der Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz 1983. Dabei wurde u.a. Waldemar Frenzel zur Wiederwahl vorgeschlagen und anschließend auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 23. September 1983 von 147 der 165 Delegierten auch eindeutig bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gustav Pade (Speyer), Herbert Höfer

⁸² Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 4. Dezember 1981, vom 10. Februar 1982 und vom 4. Juni 1982, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 1. Oktober 1982 und vom 10. Dezember 1982, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 17. Februar 1983 und vom 8. Juni 1983, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

(Ludwigshafen) und Jürgen Lüders (Frankenthal) gewählt. Zuvor hatten der DGB-Kreisvorsitzende Heiner Boegler und der ÖTV-Landesbezirksvorsitzende Hans Anders die Politik der neuen Bundesregierung scharf verurteilt und ihr vor allem sozialen Kahlschlag vorgeworfen. Die Kreisdelegiertenkonferenz forderte u.a. Arbeitszeitverkürzungen bei der Lebensarbeitszeit sowie der Wochenarbeitszeit, Tarifverträge für den Kirchenbereich und rief zu einer Teilnahme an gewaltfreien Kundgebungen für Frieden und Abrüstung auf⁸⁵.

Trotzdem lehnte der Kreisvorstand auf seiner Jahresabschlußsitzung eine Erklärung des Ludwigshafener DGB-Hauses zur „ABC-Waffen-freie-Zone“ als unnötige „Einzelaktion“ ab. Weiterhin wurde beschlossen, die Arbeitszeitdiskussion durch die Vertrauensleute in die Betriebe zu tragen. Nach Abschluß dieser Diskussion verabschiedete der Kreisvorstand am 28. März 1984 eine EntschlieÙung, die den Schwerpunkt auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit legte und die 35-Stunden-Woche als langfristiges Ziel erklärte⁸⁶. Der Abschluß der Betriebs- und Personalratswahlen 1984 wurde auf der Kreisvorstandssitzung am 22. Mai 1984 diskutiert. Da sich sowohl bei den Betriebsrats- als auch bei den Personalratswahlen Zugewinne für die ÖTV ergeben hatten, konnte der Kreisvorstand optimistisch in die Tarifrunde 1984 eintreten. Wesentliches Ziel sollte dabei das „Durchbrechen“ der von der Bundesregierung geplanten Nullrunde sein. Entsprechend wurde auf der Jahresabschlußsitzung am 18. Dezember 1984 die Lohnerhöhung um 3,2% auch als Erfolg gewertet. Ebenso positiv schätzte der Kreisvorstand ein, daß er die Mitgliederzahl stabil bei 8 000 lag. Kritisiert wurde dagegen, daß auf dem Gewerkschaftstag immer mehr Delegierte „Ideologen, wie z.B. Sozialarbeiter“ seien, „die eine andere Politik machen wollen, die sich mit dem Willen der Mitglieder nicht deckt.“⁸⁷.

Für die Tarifrunde 1986 beschloÙ der Kreisvorstand am 8. Mai 1985 wiederum vorab eine Diskussion der Forderungen in den Vertrauensleuteversammlungen unter Verzicht einer Vertrauensleutenvollversammlung. Hierzu führte der stellvertretende Kreisvorsitzende Pade aus: „Es bestehe die Gefahr, daß Kollegen, die rhetorisch gut seien, andere Kollegen mit ihrer Meinung beeinflussen können. Wenn eine andere Mehrheitsmeinung in der Vertrauensleutenvollversammlung als bei den Diskussionen gebildet werde, sei der

⁸⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 15. Juni 1983 und vom 12. September 1983 sowie Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 23. September 1983, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 6. Dezember 1983, vom 7. Februar 1984 und vom 28. März 1984, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 9. Mai 1984, vom 10. Juli 1984, vom 22. Oktober 1984 und vom 18. Dezember 1984, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Kreisvorstand in die Enge getrieben bei der Beschlußfassung“. Waldemar Frenzel ergänzte, daß „der Kreisvorstand die Aufgabe habe, das Beste für die Gesamtorganisation zu erzielen.“⁸⁸. Ein Einschnitt bedeutete die Kreisvorstandssitzung vom 14. Oktober 1985. Nach 18 Jahren mußte für den in Pension gehenden Geschäftsführer Alfred Uhrig ein Nachfolger gewählt werden. Die Wahl fiel einstimmig auf Willi Löv. Als neuer Sekretär für Alfred Uhrig wurde der Kollege Peter Kynast bestätigt. Zusätzlich mußte als neuer stellvertretender Kreisvorsitzender Karl Brauch gewählt werden, da Herbert Höfer seinen Rücktritt erklärt hatte. Eine Episode am Rande dieser Sitzung war, daß Waldemar Frenzel - ehemaliger Sekretär der 1951 verbotenen kommunistischen FDJ in Ludwigshafen - über Flugblätter in den Städtischen Krankenanstalten berichtete, in denen die ÖTV in Zusammenhang mit der kommunistischen SDAJ - der Nachfolgeorganisation der FDJ - gebracht worden war und der Kreisvorstand daraufhin einstimmig beschloß, daß „ein Ausschlußverfahren im Wiederholungsfalle beantragt wird“. Weiterhin beschloß die Versammlung für die Tarifrunde 1986 eine Lohnerhöhung von 6% zu fordern und die Teilnahme der ÖTV an Protestaktionen des DGB gegen die „falsche Politik“ der Bundesregierung⁸⁹.

Eine politische Zäsur ergab sich für den Kreisvorstand durch die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Auf der Kreisvorstandssitzung am 4. Juni 1986 wurde erstmals ein Antrag gegen einen weiteren Ausbau der Atomtechnologie verabschiedet. Ebenso fand ein Antrag der Abteilung Kirchen und ihre Einrichtungen gegen ein Berufsverbot für das Kaiserslauterer DKP-Mitglied Wolfgang Jung eine Mehrheit. Sehr kritisch wurde auch das Thema „Neue Heimat“ diskutiert. Entsprechend wurde ein Auszug aus dem DGB-Haus wegen des hohen Mietpreises in Erwägung gezogen⁹⁰.

Anlaß zu politischen Debatten im Kreisvorstand im Jahr 1987 bot gleich zu Beginn die umstrittene Volkszählung. Mehrere hierzu kritische Anträge der Abteilung Kirchen und ihre Einrichtungen wurden auf der Kreisvorstandstagung am 26. Februar 1987 abgelehnt⁹¹. Auf der nächsten Sitzung wurden insbesondere Personalangelegenheiten diskutiert. Dabei wurde

⁸⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 08. Mai 1985, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁸⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 14. Oktober 1985, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 9. Mai 1984, vom 04. Juni 1986, vom 06. Oktober 1986, vom 11. November 1986 und vom 17. Dezember 1986, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 26. Februar 1987, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

u.a. die Beschäftigung von Reinald Rohleder als stellvertretender Geschäftsführer und Klaus Weller als Praktikant beschlossen⁹². Die Vorbereitung der Kreisdelegiertenkonferenz am 26. Juni 1987 stand dann im Mittelpunkt der Beratungen des Kreisvorstandes am 4. Juni 1987. Waldemar Frenzel wurde wieder als Kreisvorsitzender vorgeschlagen sowie als seine Stellvertreter Karl Brauch (Ludwigshafen), Jürgen Lüders (Frankenthal) und Gustav Pade aus Speyer⁹³. Alle vier wurden anschließend auch von der Kreisdelegiertenkonferenz bestätigt, wobei Waldemar Frenzel mit 131 Stimmen ein deutlich schlechteres Ergebnis hatte als seine Stellvertreter, die bis zu 160 Stimmen erhielten. Die Kreisdelegiertenkonferenz bekräftigte u.a. die Forderung einer Abkehr von der Kernenergie und forderte eine Null-Lösung bei atomaren Mittelstreckenraketen. Der ÖTV-Landesvorsitzender Anders unterstrich, daß die Bundesregierung seit der Wende den „seit Gründung der Bundesrepublik bestehenden Kompromiß mit den Gewerkschaften aufgekündigt“ habe und jetzt „eine Politik der Klassenkonfrontation statt des Klassenausgleichs“ betreibe. Auch Geschäftsführer Löv betonte, daß sich das soziale Klima in der Bundesrepublik erheblich verschlechtert habe und verwies dabei auf die drastisch gestiegene Zahl von Rechtshilfebeiständen durch die ÖTV. Grund zur Freude habe die ÖTV daher nur hinsichtlich der Mitgliederentwicklung. Deren Zahl sei seit 1983 um 835 auf 8 870 gestiegen⁹⁴.

Entsprechend gestärkt gelang es der ÖTV im Februar 1988 mit massiven Warnstreiks - an ihnen beteiligten sich in Ludwigshafen 1 200 städtische Mitarbeiter, 200 Mitarbeiter der VBL und 450 Bedienstete der TWL - den Einstieg in 35-Stunden-Woche zu erzwingen. Zum 01. April 1998 betrug die wöchentliche Arbeitszeit nur noch 39 Stunden und zum 01. April 1990 nur noch 38,5 Stunden. Hierfür mußte allerdings ein Lohnverzicht in Kauf genommen werden, was sich sehr nachteilig auswirkte, da die Teuerung weitaus höher war als der finanzielle Abschluß. Auch wurden durch die Öffentlichen Arbeitgeber nicht überall die durch die Arbeitszeitverkürzung erforderlichen neuen Arbeitsplätze geschaffen⁹⁵.

Von der Deutschen Einheit zur Feier 100 Jahre ÖTV

⁹² Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 05. Mai 1987, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes am 04. Juni 1987, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹⁴ Vgl. Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 26. Juni 1987, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹⁵ Vgl. die Presseberichte über die Warnstreiks in Ludwigshafen vom Februar 1988, in: Die Rheinpfalz sowie den Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1987-1990, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Der Zusammenbruch der DDR 1989 und ihr Beitritt zur Bundesrepublik am 03. Oktober 1990 brachte auch für die ÖTV Probleme. Es mußten schnellstens Möglichkeiten geschaffen werden, um in den fünf neuen Ländern freie Gewerkschaften zu schaffen. Hierbei hat auch die ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal im personellen Bereich ausgeholfen. Hauptamtliche, aber auch ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen aus Ludwigshafen waren zeitweise in Chemnitz aktiv. Trotzdem konnte Kreisvorsitzender Frenzel zum 31. Dezember 1990 eine positive Bilanz ziehen. 9 282 Kolleginnen und Kollegen waren nun in der ÖTV organisiert. Davon waren 47,5% Angestellte, 44,6% Arbeiter und 7,9% Beamte. 80% der gewählten Betriebs- und Personalräte gehörten der ÖTV an⁹⁶.

Die Ära Frenzel ging mit der Kreisdelegiertenkonferenz am 14. Juni 1991 zu Ende. Zu seinen Nachfolger wurde Gerhard Trapp - Betriebsratsvorsitzender der TWL - gewählt, der sich mit 111 Stimmen gegen 52 Stimmen für Hans Ulrich Stumm - Personalrat bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen - durchsetzte. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Karl Brauch (Ludwigshafen), Franz Seiller (Speyer) und Jürgen Lüders (Frankenthal) sowie erstmals als Vertreterin der Frauen in der ÖTV Friederike Ebli aus Speyer gewählt. Waldemar Frenzel wurde zum Ehrenvorsitzenden bestimmt. Der zukünftige ÖTV-Landesvorsitzende, Herbert Wenger, betonte, daß die ÖTV auch bei einer SPD-geführten Landesregierung sich nicht scheuen würde, mit gewerkschaftlichen Forderungen an sie heranzutreten⁹⁷.

Verbunden mit dem Wechsel von Waldemar Frenzel zu Gerhard Trapp war auch der Auszug der ÖTV-Geschäftsstelle aus dem Ludwigshafener DGB-Haus und der Neubezug von Büroräumen in der Wredestraße 6. Die konstituierende Sitzung des neuen Kreisvorstandes erfolgte am 8. August 1991. Auf ihr wurde erneut die mangelnde Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze kritisiert und deshalb für die Tarifrunde 1992 der Schwerpunkt auf Lohn- und Gehaltserhöhungen gelegt. Daraufhin einigte sich der Kreisvorstand auf der folgenden Sitzung am 29. Oktober 1991 auf eine Forderung von 10% Lohn- und Gehaltserhöhung⁹⁸.

Der Bezirksvorstand und die Große Tarifkommission gingen dann im Frühjahr 1992 mit einer Forderung von 9,5% in die Verhandlungen. Da die Arbeitgeber jedoch überhaupt erst in der

⁹⁶ Vgl. Geschäftsbericht der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1987-1990, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹⁷ Vgl. Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 14. Juni 1991, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

⁹⁸ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 08. August 1991 und 29. Oktober 1991, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

dritten Verhandlungsrunde ein Angebot von 3,5% unterbreiten, begann nun auch die Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal mit den Vorbereitungen auf einen Streik. Dieser setzte dann am 27. April 1992 bei den Mitarbeitern der VBL ein und endete erst am 8. Mai 1992. Insgesamt beteiligten sich rund 3 400 Mitglieder der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal am Ausstand. Vor dem Hintergrund dieser Mobilisierung war der Tarifabschluß von 5,4% für die Mitglieder eine Enttäuschung, worauf 2/3 der an der Abstimmenden im Gebiet der Kreisverwaltung den Tarifabschluß ablehnten. In Rheinland-Pfalz betrug die Zustimmung 47,4%, bundesweit nur 44,1%. Damit ergab sich auch keine ¾-Mehrheit für eine Fortführung des Streiks, womit der Tarifabschluß so oder so für die ÖTV eine Niederlage bedeutete. Auch der Kreisvorstand setzte sich am 18. Mai 1992 kritisch mit dem Ergebnis auseinander. Geschäftsführer Löv stellte fest: „Wir können allerdings nicht verschleiern, daß die Abwesenheit vieler Kreisvorstandsmitglieder und Funktionäre sehr viel Unmut ausgelöst hat. Es kann einfach nicht wahr sein, daß man in einer solchen Zeit in Urlaub geht oder auch als Beamter meint, keinen Weg zu finden, Streikenden zu helfen.“ Wenigstens blieb der ÖTV jedoch der befürchtete Massenaustritt von Mitgliedern erspart. Von 118 Austritten zwischen Mai und Juli 1992 waren nur 37 mittel- oder unmittelbar in einen Zusammenhang mit der vorangegangenen Streikniederlage zu bringen. Vielmehr hatte die Kreisverwaltung ihre Mitgliederzahl auf nun 9 753 erhöhen können, wobei die Fluktuation unter der Mitgliedschaft sehr hoch war⁹⁹.

Aufgrund der kurzen Laufzeit des Tarifvertrages stand bereits am 28. September 1992 wieder die Tarifrunde 1993 auf der Tagesordnung des Kreisvorstandes. Dabei wurde in Ludwigshafen kritisch gesehen, daß die Große Tarifkommission nun wieder eine Verkürzung der Arbeitszeit favorisierte¹⁰⁰. Tatsächlich einigten sich die Verhandlungspartner dann ohne Kampfmaßnahmen am 4. Februar 1993 auf eine lineare Gehaltserhöhung von 3%.

Entsprechend stand im Kreisvorstand auch die Neuwahl der Geschäftsführung im Mittelpunkt des Interesses. Da Willi Löv zum 31. März 1993 in Pension ging, wurde Reinald Rohleder zum neuen Geschäftsführer und Gisela Walter zur Stellvertreterin gewählt. Als neuer Sekretär wurde Roland Lang eingestellt. Allerdings mußte sich der Kreisvorstand am 7. Juni 1993 eingestehen, daß die unbefriedigenden Tarifergebnisse zu einer negativen Tendenz bei der

⁹⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 12. März 1992, 18. Mai 1992 und 15. Juli 1992 sowie Order Streik 1992, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁰⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 28. September 1992 und vom 5. November 1992, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Mitgliederentwicklung geführt hatten. Ebenso hatte die ÖTV Mandatseinbußen bei den Personalratswahlen 1993 zu verzeichnen¹⁰¹.

Bereits im Mai 1994 war der Kreisvorstand aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes von Geschäftsführer Rohleder und dem Weggang von Gisela Walter zu neuen Personalentscheidungen gezwungen. Lothar Plogsties wurde kommissarisch als neuer Geschäftsführer eingesetzt, Sigrid Meier zur stellvertretenden Geschäftsführerin gewählt sowie Klaus Weller als Sekretär von Neustadt nach Ludwigshafen versetzt. Endgültig gewählt zum Geschäftsführer wurde Lothar Plogsties dann am 3. November 1994. Als Schwerpunkt seiner Arbeit definierte er die kritische Begleitung der Veränderungen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen: „Der Oberbürgermeister wird von uns kein Placet bekommen, in jedem Jahr 100 Arbeitsplätze zu vernichten“¹⁰².

Allerdings beschäftigte sich der Kreisvorstand nicht nur mit den Reformen bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen sondern auch mit internen Verbesserungen der eigenen Struktur: Neben Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder bzw. zur Erhaltung des Mitgliederstandes wurde u.a. beschlossen, der Kreisdelegiertenkonferenz am 19. Januar 1996 die Reduzierung des Kreisvorstandes auf 25 Mitglieder vorzuschlagen. Diesmal einstimmig wurde Gerhard Trapp zur Wiederwahl als Kreisvorsitzender sowie als seine Stellvertreter Hans Ulrich Stumm (Ludwigshafen), Roswitha Bruchwitz (Speyer) und Jürgen Lüders (Frankenthal) vorgeschlagen¹⁰³.

Alle Vorgeschlagenen wurden auch durch die Kreisdelegiertenkonferenz bestätigt, wobei Gerhard Trapp mit 125 von 137 Delegiertenstimmen das beste Ergebnis erzielte. Mehrheitlich sprach sich die Konferenz u.a. für einen Ausstieg aus der Atomindustrie aus. Geschäftsführer Plogsties verwies mit 9 314 Arbeitern, Angestellten und Beamten auf die stabile Mitgliederbasis der Kreisverwaltung und betonte die Bereitschaft der ÖTV bei der Verwaltungsreform der Stadt Ludwigshafen mitzuarbeiten, unter dem Vorbehalt: „Wir geben kein grünes Licht für einen eventuell geplanten Stellenabbau“. Dabei lag der Schwerpunkt der

¹⁰¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 14. Januar 1993, vom 16. März 1993 und vom 7. Juni 1993, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁰² Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 12. Januar 1994, vom 4. März 1994, vom 19. Mai 1994, vom 27. Juni 1994, vom 10. Oktober 1994, vom 3. November 1994 und vom 5. Dezember 1994, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁰³ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 19. Januar 1995, Protokoll der Klausurtagung vom 12. und 13. Mai 1995, Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 6. Juni 1995, Protokoll der Klausurtagung vom 2. und 3. November 1995, Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 28. November 1995, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

ÖTV darin, die aktive Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Personalräte und ÖTV Vertrauensleute zu organisieren, damit dem gewerkschaftlichen Gestaltungsanspruch Rechnung getragen werden konnte. Dies geschah unter der Mitarbeit der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der ÖTV Rheinland-Pfalz, Beate Eggert, und wurde durch einen bundesweit beispielhaften Vertrag zwischen dem OB der Stadt Ludwigshafen Dr. Wolfgang Schulte und der ÖTV abgesichert¹⁰⁴.

Der neue Kreisvorstand wurde unmittelbar mit der Tarifaueinandersetzung 1996 konfrontiert: Dabei einigte man sich auf einer Klausurtagung am 20. und 21. März 1996 in Hertlingshausen auf die Forderung eines Festbetrages von DM 190,- für eine Laufzeit von 12 Monaten. Zur Unterstützung dieser Forderung führte die ÖTV am 21. Mai 1996 schwerpunktmäßig Warnstreiks in Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal durch. Am 13. Juni 1996 lag dann der Schiedsspruch der Schlichtungskommission vor: Eine Einmalzahlung von DM 300,- und eine Einkommenserhöhung von 1,3% für 1997. In der Urabstimmung sprachen sich 1/3 der von der Kreisverwaltung erreichten Kolleginnen und Kollegen für eine Annahme und 2/3 für Ablehnung aus. Da die Große Tarifkommission jedoch dem Schiedsspruch zustimmte, wurde letztlich auf weitere Kampfmaßnahmen verzichtet. Hans Ulrich Stumm bezeichnete diese Situation als „fatal“, da nach seinem Eindruck „von Seiten der Mitgliedschaft ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem hauptamtlichen Apparat der ÖTV besteht, über das unbedingt nachgedacht werden muß“¹⁰⁵.

Entsprechend überrascht nicht, daß das Jahr 1997 auch in der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal von der Debatte um einen Konsolidierungsprozeß der ÖTV geprägt war. Kernpunkte der Diskussion waren die finanzielle Absicherung der Streikfähigkeit der ÖTV durch eine Haushaltskonsolidierung und damit verbunden eine langfristig angelegte „Mitglieder- und Werbekampagne“, wobei hierfür die Voraussetzungen in Ludwigshafen besonders günstig waren, da die Kreisverwaltung laut Geschäftsführer Plogsties von fast 200 ÖTV-Kreisverwaltungen bundesweit in der Mitgliederentwicklung an 10. Stelle lag¹⁰⁶.

¹⁰⁴ Mündliche Auskunft Lothar Plogsties vom 23. September 1993 und schriftliche Mitteilung von Beate Eggert vom 14. September 1999. Vgl. Ordner Kreisdelegiertenkonferenz vom 19. Januar 1996, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁰⁵ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 28. Februar 1996, Protokoll der Klausurtagung vom 20. und 21. März 1996, Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 15. Mai 1996, vom 29. Mai 1996, vom 13. Juni 1996 sowie vom 18. Juni 1996, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

¹⁰⁶ Vgl. Protokoll der Sitzung des Kreisvorstandes vom 30. Januar 1997, vom 11. März 1997, vom 2. Juni 1997, vom 21. Juli 1997 und vom 3. November 1997, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Gleichzeitig wurde aber auch ein zentrales Ereignis vorbereitet, nämlich „100 Jahre ÖTV Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal“. Hierzu erstellten aus dem Kreis der Seniorinnen und Senioren die Kollegen Ludwig Nell, stellvertretender Vorsitzender des Seniorenausschusses, Kurt Seib, Schriftführer des Seniorenausschusses sowie Bruno Hofmann, Vorsitzender des Seniorenausschusses eine Broschüre, die den Zeitraum vom 25. Oktober 1897 - erste Erwähnung einer Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Ludwigshafen - bis zum 18. Februar 1933 - erste Besetzung von Gewerkschaftshäusern durch die Nationalsozialisten - dokumentierte¹⁰⁷.

Vorgestellt wurde die Broschüre anlässlich der mit der traditionellen Jubilarehrung verbundenen 100-Jahr-Feier der ÖTV Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal am 7. November 1997. Festredner war der ehemalige Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig, der gleichzeitig für 50 Jahre ÖTV-Mitgliedschaft geehrt wurde. Ludwig kritisierte die zunehmende Dominanz der Wirtschaft über die Politik und betonte, daß trotz Öffnung der Weltmärkte die Menschlichkeit nicht vergessen werden dürfe. Anschließend wurden 234 Jubilare geehrt, darunter 152 für 25jährige Mitgliedschaft, 50 Jubilare mit 40 Jahren Mitgliedschaft und 30 Jubilare mit 50 Jahren Mitgliedschaft. Zwei Kollegen konnten auf 70 Jahre Gewerkschaftstätigkeit zurückblicken. Die längste Mitgliedschaft mit 78 Jahren hatte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Verbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Georg Süß, aufzuweisen. Gerhard Trapp betonte, daß ohne die solidarische Haltung der Jubilare das Erreichte nicht möglich gewesen wäre. Auch Bürgermeister Zeiser betonte, daß die Jubilare „stets eine gute und gerechte Sache“ vertreten hätten. MdB Doris Barnett - die Tochter von Waldemar Frenzel - betonte den großen Anteil der älteren Gewerkschaftsmitglieder am Wiederaufbau. In der Gedenkmappe zur 100-Jahr-Feier der Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal ist zu lesen: „Es ist gut, daß es in Deutschland Gewerkschaften gibt und - wo wären wir heute, wenn wir keine Gewerkschaften hätten“.¹⁰⁸

¹⁰⁷ ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal (Hg.): 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Band 1, Eine Dokumentation vom 25. Oktober 1897 bis 18. Februar 1933, Ludwigshafen 1998.

¹⁰⁸ Vgl. Gedenkmappe 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, in: Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen.

Dokumente

Dokument 1

Aus: Seidl, Michael: Wiederentstehung
und Entwicklung der Gewerkschaften
in Mannheim und Ludwigshafen
von 1945-1949,
Neustadt an der Weinstraße 1990, S. 602

ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal 1950-1997

1950 Kreisverwaltung Ludwigshafen

Vorsitzender: Johann Keilbach Geschäftsführer: Matheus Wehrlein

Stellvertreter: Christian Käß

1951. 01.06. Vorsitzender: Johann Keilbach Geschäftsführer: Wehrlein bis 30.09.51

Stellvertreter: Christian Käß Geschäftsführer: Walter Klein ab 01.03.52

1952. 02.10 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Walter Klein

Stellvertreter: Bruno Hoffmann

1953. 29.03 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Walter Klein bis
30.04.54

Stellvertreter: Bruno Hoffmann Geschäftsführer: Albrecht Mentrop ab
01.11.54

1956. 12.04 Vorsitzender: Richard Strecker Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Christian Käß

1959 Frankenthal zur Kreisverwaltung Ludwigshafen

1961. 20.02 Vorsitzender: Herbert Müller jr. Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Paul Selbach

1964. 13.02 Vorsitzender: Christian Käß Geschäftsführer: Albrecht Mentrop

Stellvertreter: Ludwig Nell

1968. 05.01 Vorsitzende: Heny Roos Geschäftsführer: Mentrop bis 30.04.68

Stellvertreter: Paul Liebel Geschäftsführer: Alfred Uhrig ab 01.05.68

Waldemar Frenzel

1970 Speyer zur Kreisverwaltung Ludwigshafen-Frankenthal

Vorsitzende: Heny Roos Geschäftsführer: Alfred Uhrig

Stellvertreter: Paul Liebel

Waldemar Frenzel

Bernd Pallentien

1975. 24.10 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig
Stellvertreter: Paul Liebel
Walter Strobel
Johannes Scherr

1979. 26.10 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig
Stellvertreter: Paul Liebel
Gustav Pade
Johannes Scherr bis 31.12.81
Jürgen Lüders ab 01.01.1982

1983. 23.09 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Alfred Uhrig bis
28.02.86
Stellvertreter: Gustav Pade Willi Löw ab 01.03.86
Jürgen Lüders
Herbert Höfer bis 14.10.85
Karl Brauch ab 14.10.85

1987. 26.06 Vorsitzender: Waldemar Frenzel Geschäftsführer: Willi Löw
Stellvertreter: Gustav Pade
Jürgen Lüders
Karl Brauch

1991. 14.06 Vorsitzender: Gerhard Trapp Geschäftsführer: Willi Löw bis 31.03.93
Stellvertreter: Jürgen Lüders Reinald Rohleder ab 01.04.93
Karl Brauch Lothar Plogsties ab 01.06.94
Franz Seiller
Friederike Ebli

1996. 19.01 Vorsitzender: Gerhard Trapp Geschäftsführer: Lothar Plogsties
Stellvertreter: Jürgen Lüders
Hans Ulrich Stumm
Roswitha Bruchwitz

Biographien

Barbarino, Ludwig: Geboren am 6. Oktober 1898 in Ludwigshafen. Schlosser, Mitglied der KPD, 1933 wegen Verdacht des Hochverrats und Verteilung antifaschistischer Flugblätter drei Monate in Schutzhaft, anschließend bis 1937 arbeitslos. 1945 wieder Mitglied der KPD und des Betriebsrates beim Elektrizitätswerk der Stadt Ludwigshafen, 1948 und 1949 Beisitzer der Ortsverwaltung Ludwigshafen der Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, 1948 und 1952 Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen. Ludwig Barbarino war dann auch der letzte Kandidat der KPD zur Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen auf der Delegierten-Generalversammlung der ÖTV-Ludwigshafen am 2. Oktober 1952. Er unterlag jedoch mit nur jeweils 13 Stimmen deutlich den sozialdemokratischen Kandidaten Richard Strecker und Bruno Hoffmann.

Deutsch, Adolf: Geboren am 20. September 1884 in Ludwigshafen. Spengler. 1946 Schriftführer der Ortsverwaltung Ludwigshafen der Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen sowie Kandidat der KPD zum Stadtrat. 1947 Beisitzer im Ortskartell Ludwigshafen sowie in der Ortsverwaltung Ludwigshafen der Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen. 1948 erneut Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen¹⁰⁹.

Keilbach, Johann: Geboren am 28. September 1892 in Ludwigshafen. Angestellter. 1933 wegen seiner Tätigkeit als Funktionär der SPD aus dem städtischen Dienst entlassen, mehrfach verhaftet und von Februar bis Mai 1945 im KZ Dachau inhaftiert. 1946 wieder Mitglied der SPD und des Stadtrates Ludwigshafen bis 1952, 1947 Mitglied der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Verbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, 1948 bis 1952 Betriebsratsvorsitzender der Stadtverwaltung Ludwigshafen und Vorsitzender der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Industrieverbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen bzw. der ÖTV. Johann Keilbach starb am 17. Juni 1974.

¹⁰⁹ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 451.

Fend, August: Geboren am 3. November 1905 in Mannheim. Modellschreiner. Ab 1919 in der Kommunistischen Jugend, seit 1923 Mitglied der KPD. 1930 bis 1933 Mitglied des Stadtrates in Mannheim. Von Februar bis April 1933 in Schutzhaft. Anschließend aktiver Widerstand als Instrukteur der Bezirksleitung Baden-Pfalz. Am 3. November 1933 verhaftet, am 13. Dezember 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt und bis Juni 1936 inhaftiert. Nach der Entlassung Ansiedlung in Altrip. Juni 1943 Einsatz im Strafbataillon 999 in Griechenland; Oktober 1944 aktive Beteiligung am Befreiungskampf der ELAS auf Korfu. Anschließend englische Kriegsgefangenschaft. Januar 1947 Rückkehr nach Altrip. Mitarbeiter der Straßenbahn Ludwigshafen, Betriebsratsvorsitzender und Politischer Leiter der Betriebsgruppe der KPD, Mitglied der pfälzischen Bezirksleitung. März 1948 in das Sekretariat des Landesvorstandes kooptiert. November 1948 Kandidat zum Gemeinderat Altrip und zum Kreistag Ludwigshafen-Land. 1949 Übersiedlung nach Ludwigshafen. April 1951 Kandidat der KPD zum Landtag Rheinland-Pfalz. Im Oktober 1951 Ausschluß aus der Gewerkschaft ÖTV. 1952 bis 1956 Stadtrat der KPD in Ludwigshafen. Im April 1956 die Freistellung als Betriebsratsvorsitzender bei der Straßenbahn Ludwigshafen wegen politischer Betätigung für die KPD entzogen. November 1956 Kandidat der Wählergruppe Harth. 1960 Übersiedlung nach Mannheim. 1968 Mitglied der DKP. August Fend starb am 13. Februar 1996 in Mannheim¹¹⁰.

¹¹⁰ Vgl. Schneider, Wolfgang: „Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996.

Frenzel, Waldemar: Geboren am 19. Juli 1926 in Ludwigshafen. Von 1941 bis 1943 Lehre als Maschinenschlosser, anschließend Wehrmacht. September 1944 Kriegsgefangenschaft, Juni 1947 Rückkehr nach Deutschland und Beitritt zur KPD und FDJ, August 1947 beschäftigt bei den Stadtwerken Ludwigshafen als Hilfsschlosser, Oktober 1947 Facharbeiterprüfung, April 1948 Mitglied des Personalrats der Stadtwerke Ludwigshafen sowie Mitglied des Kreisvorstandes der KPD Ludwigshafen und Organisationssekretär der FDJ bis zum Verbot 1951. 1949 Vertreter der ÖTV in der Gewerkschaftsjugendleitung Ludwigshafen. 1952 Kandidat der KPD zum Stadtrat Ludwigshafen. 1956 Übertritt zur SPD und bis 1986 Vorsitzender des Personalrats bzw. des Betriebsrats der Technischen Werke Ludwigshafen. 1958 Industriemeister und Übernahme in das Angestelltenverhältnis, 1969 Werkstättenleiter, 1973 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Technischen Werke Ludwigshafen, Mitglied des Stadtrates in Ludwigshafen von 1974 bis 1996 und stellvertretender Ortsvorsteher in Friesenheim bis 1976. Kreisvorsitzender der ÖTV Ludwigshafen von 1975 bis 1991, 1979 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz und stellvertretender Ortsvorsteher in Oggersheim bis 1994. Waldemar Frenzel starb am 19. April 1996 in Ludwigshafen¹¹¹.

¹¹¹ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 453.

Langhans, Alexander: Geboren am 2. Dezember 1894 in Fürth (Bayern), protestantisch, verheiratet. Der Vater arbeitete als Studienrat und leitete seit Oktober 1894 die Realschule Fürth. Alexander Langhans besuchte die Realschule seines Vaters bis zur Obersekunda. Anschließend absolvierte er von 1910 bis 1912 in Nürnberg eine kaufmännische Lehre mit dem Schwerpunkt Exportkaufmann. Ging von 1912 bis zum Kriegsausbruch als kaufmännischer Angestellter nach Paris. Bei Kriegsausbruch Rückkehr nach Deutschland, wurde im Juli 1915 eingezogen. Im Juli 1916 als Grenadier an der Somme schwer verletzt; lag bis März 1917 in Lazaretten in Magdeburg und Berlin-Britz. Am 19. März 1917 aus dem Kriegsdienst entlassen. Arbeitete anschließend als kaufmännischer Angestellter in Berlin. 1918 nahm er eine neue Stelle als „Behördenangestellter“ in Rastatt an. Zu Beginn des Jahres 1919 Mitglied im freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten (ZdA). Gleichzeitig Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Langhans bewarb sich im Sommer 1919 auf die Stellenausschreibung eines „Ortsbeamten“ für Würzburg. Trat die Stelle als erster besoldeter Geschäftsführer der Ortsgruppe Würzburg zum 1. Januar 1920 an. 1922 vertraute der Gewerkschaftsvorstand in Berlin dem Achtundzwanzigjährigen die Gewerkschaftsleitung des Kreises Unterfranken an. 1926 als „Gausekretär“ des Gaues Württemberg nach Stuttgart versetzt. 1927 zum Geschäftsführer der Ortsgruppe Stuttgart und zum Leiter des Gaues Württemberg gewählt. Wiederwahl auf dem 9. Württembergischen Gautag am 2. Juni 1929 in Heilbronn. Im „Freien Angestellten“ veröffentlichte Langhans mehrere Essays, die seine „Liebe zum Buch“ dokumentierten und sein spezifisches Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation der Buchhändler. Als Vorsitzender der Stuttgarter Ortsgruppe und als wichtigster Mann im vorbereitenden Ortskomitee begrüßte er am 18. Mai 1930 den 4. Verbandstag in der württembergischen Hauptstadt. Gleich nach dem Verbandstag wechselte Langhans nach Berlin über.

Als „Reichsfachgruppensekretär“ der Abteilung „Behördenpersonal“ arbeitete er eng mit dem Leiter Otto Haußherr zusammen. 1931 betreute Langhans 35 000 Mitglieder des öffentlichen Dienstes auf Reichs- und Landesebene einschließlich der Angehörigen von 40 Verwaltungsgruppen im kommunalen Bereich. Vor allem die Grenzstreitigkeiten mit freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Beamtenorganisationen hinterließen prägende Spuren. 1933 von den Nationalsozialisten entlassen. Langhans blieb bis 1938 arbeitslos. Siedelte nach Frankfurt am Main über. 1939 fand er eine Zivilanstellung bei der deutschen Wehrmacht im Westen Deutschlands. Im Oktober 1939 in ein Grenz-Infanterie-Ersatzbataillon eingezogen. Geriet 1944 in französische Kriegsgefangenschaft. 1946 entlassen. Nach seiner Entlassung

wohnte er kurzfristig in Witzenhausen und nahm am 5. August 1946 Wohnsitz in Speyer. Von 1946 bis 1947 Dolmetscher und Übersetzer bei der Reichsbank. 1947 bis 1949 Personalsachbearbeiter bei der Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz. Mitbegründer der Gewerkschaft Öffentliche Dienste in Speyer. 1946 Wiedereintritt in die SPD; im gleichen Jahr zum Vorsitzenden des gewerkschaftlichen Ortskartells (des späteren „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz“) gewählt. 1946 Mitglied des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ in Rheinland-Pfalz. Im Frühjahr 1947 auf dem 1. Verbandstag als Vorsitzender der Landesgruppe der Angestellten in den Vorstand der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ gewählt. Wiederwahl auf dem Verbandstag am 23. März 1948. Seit 1948 Beisitzer am Obersten Arbeitsgericht des Landes in Mainz. Einer von sechs rheinland-pfälzischen Delegierten auf dem Vereinigungsverbandstag der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr in Stuttgart vom 28. Bis 30. Januar 1949, die nach Intervention der französischen Besatzungsmacht der Tagung nur beratend beiwohnen konnten. Der angestrebte Zusammenschluß auf trizonaler Ebene konnte durch den Beschluß der gemeinsamen Konferenz der Landesorganisationen der französischen Zone am 7. Mai 1949 auf dem Haldenhof bei Überlingen realisiert werden. Der Stuttgarter Gründungskongreß hatte für einen Vertreter der französischen Zone einen Platz im geschäftsführenden Hauptvorstand freigelassen. Bestätigung als gHV-Mitglied durch den Hauptvorstand am 22. und 23. Juli 1949 auf seiner Tagung in München. Im Hauptvorstand künftig verantwortlich für die Bereiche Angestelltensekretariat, Techniker, Werkmeister und Sozialversicherung. Das Angestelltensekretariat nahm im Juli 1949 seine Arbeit auf, zunächst mußten auf allen Ebenen Angestelltenausschüsse eingerichtet werden, da bislang die gewerkschaftliche Angestelltenarbeit in den verschiedenen Besatzungszonen und Regionen völlig unterschiedlich verlaufen war. 226 117 Mitglieder (Oktober 1951) - ein Zuwachs von über 60 000 Mitgliedern - waren Frucht einer systematischen Angestelltenarbeit. Seit Beginn vertrat Langhans seine Organisation im Bundesangestelltenausschuß des DGB, der auf dessen Gründungskongreß im Oktober 1949 in München zur „Koordinierung aller gemeinsamen Fragen“ der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit ins Leben gerufen wurde. Ein Gutteil seiner Arbeitszeit der ersten Jahre verbrachte Langhans in Bonn. In zähen Verhandlungen mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums, der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder suchte Langhans seine Gesprächspartner von der Notwendigkeit baldiger Manteltarifverhandlungen zu überzeugen. Die schwierige Ausgangssituation bestand darin, daß durch unterschiedliche alliierte Anordnungen lange Zeit

nicht klar war, ob es in der öffentlichen Verwaltung überhaupt noch Angestellte geben werde. Erst 1951 bestand Konsens mit den Arbeitgebern, die faschistische Tarifordnung durch Manteltarifverträge zu ersetzen. Der berechtigte Wille der ÖTV-Spitze, „einen Tarifvertrag aus einem Guß zu schaffen, der das gesamte Dienstrecht aller Angestellten des öffentlichen Dienstes regeln und nicht nur die T(arif) O(rdnung) A, sondern alle Dienstordnungen und einzelnen Erlasse ersetzen soll“, führte dazu, daß bei geringer Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberseite die Manteltarifverhandlungen sich fast über ein Jahrzehnt erstreckten. Wiederwahl Langhans` in den geschäftsführenden Hauptvorstand auf dem 1. Gewerkschaftstag in Hamburg 1952 und dem 2. Gewerkschaftstag 1955. Lange Zeit hatte Langhans gehofft, daß seine ehemaligen freigewerkschaftlichen Kollegen aus dem ZdA die Politik der Deutschen Angestelltengewerkschaft nach „links“ drängen könnten, um eine „Wiedervereinigung“ zu ermöglichen. Spätestens 1952 hatte er diese Hoffnungen aufgegeben und bekämpfte die DAG agitatorisch scharf. Für die ÖTV hatte Langhans zahlreiche Ehrenämter inne. Seit November 1950 Gesellschafter der Bauhütte Niederrhein GmbH. Im Oktober 1953 in den Beirat der Gesellschaft für sozialen Fortschritt gewählt. In ihr waren neben den Vertretern der Sozialpartner des Bundes, der Länder und der Kommunen auch die wissenschaftlichen Institute, die beiden großen christlichen Kirchen, die Ärzteschaft, die Krankenkassen, Rentenversicherungsträger und Konsumgenossenschaften vertreten. Vom 11. Oktober 1957 bis zum 13. Juli 1964 vertrat er die Gewerkschaft ÖTV im Aufsichtsrat der Lufthansa AG. Von 1952 bis 1964 gehörte er dem Vorstand der damaligen Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an. Während der gesamten Zeitdauer war er alternierender Vorsitzender des Haushalts- und Vermögensausschusses des Vorstandes. Er wirkte als engagiertes Mitglied in der Baukommission sowie im Vorstandsausschuß für Rechts- und Verwaltungsfragen und im Personalausschuß des Vorstands. Ferner war Langhans in der I. und II. Amtsperiode (1953 bis 1958 und 1958 bis 1962) ordentliches Mitglied der Vertreterversammlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte. Am 14. April 1958 für die Dauer von vier Jahren zum Bundesarbeitsrichter berufen. Als Angestelltenvertreter vertrat er den DGB auf dem 11. Kongreß des Internationalen Bundes der Privatangestellten in Kopenhagen (19. Bis 22. Juli 1955) und dem 12. Kongreß in London (28. Bis 31. Juli 1958). Die enge Verzahnung vom Angestellten- und Tarifarbeit brachte es mit sich, daß Langhans eine dominierende Rolle in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen der frühen fünfziger Jahre spielte. Als Anhänger einer „expansiven Lohnpolitik“ hatte er als Mitglied der großen Tarifkommission viel für den Abschluß neuer Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte am 10. September 1954 in Bad Homburg getan („Bad Homburger Modell“).

Als der Bund sich weigerte, den Tarifabschluß zu übernehmen, gehörte Langhans mit seinen „Bonner Erfahrungen“ zu den Promotoren, die den kommenden Arbeitskampf steuerten. Unterzeichnete mit Adolph Kummernuss zusammen einen scharfen Brief an Bundeskanzler Adenauer, der Streikaktionen androhte. Als „Kampffeld“ hatte Langhans sein ureigenes Terrain ausgesucht: die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nach Urabstimmung (91,2 Prozent für Streik) wurde der Streik für den 18. Dezember 1954 proklamiert. Mit Langhans` Stimme als Vorstandsmitglied konnte der Konflikt einen Tag vor Streikbeginn beigelegt werden, daraufhin wurden die ÖTV-Forderungen bundesweit akzeptiert. Nach Eintritt von Heinrich Jacobi in den geschäftsführenden Hauptvorstand fand intern ein Revirement statt: Langhans übernahm die Tarifvertrags- und Lohnpolitik und die Hauptfachabteilung II K. Zur gleichen Zeit schied er aus dem Bundesangestelltenausschuß des DGB aus. Wiederwahl auf dem 3. Gewerkschaftstag in München 1958 bei 18 Gegenstimmen und fünf Enthaltungen. Er erhielt damit die höchste Stimmzahl aller Beisitzer. Auf der Beiratssitzung am 25. und 26. April 1957 in München als stellvertretendes Mitglied in eine Studienkommission gewählt, die den organisatorischen Aufbau der ÖTV überprüfen sollte. Seit März 1960 Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuß des DGB. Als verantwortlicher Leiter des Tarifsekretariats führte Langhans die abschließenden Verhandlungen über das Manteltarifvertragswerk auf Bundesebene. Am 24. Juni 1960 unterzeichnete er - von der ÖTV-Presse als historischer Schritt breit gewürdigt - in Bonn den Manteltarifvertrag für die Arbeiter des Bundes (MTB). Den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) brachte er am 1. April 1961 wenige Tage vor seinem Ausscheiden unter Dach und Fach. Auf dem 4. Gewerkschaftstag 1961 beendete er mit einem visionären Appell für kommende Arbeitszeitverkürzungen seine Laufbahn als „Hauptamtlicher“. („Wenn wir an Arbeitszeitverkürzung denken, dann denken wir daran, daß durch die stärker und immer stärkere Inanspruchnahme des Menschen durch Rationalisierung , durch unseren Verkehr, durch die Hast unserer Zeit der Mensch seine Kräfte in kürzerer Zeit verbraucht, als es zu Zeiten unserer Väter war“). Nach kurzer Krankheit starb Alexander Langhans am 4. November 1973 in Mosbach¹¹².

¹¹² Vgl. Zimmermann, Rüdiger: 100 Jahre ÖTV - Biographien. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996.

Löv, Willi: Geboren am 28. Januar 1929 in Worms. 1943 bis 1945 Ausbildung zum Verwaltungsangestellten. 1945 Mitglied der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste und Verwaltungen“. 1946 bis 1959 Verwaltungsangestellter. 1947 bis 1966 Mitglied der SJD - Die Falken, u.a. Ortsvereinvorsitzender in Worms, Bezirksvorsitzender Rheinhessen, Mitglied der Bundeskontrollkommission und des Landesjugendwohlfahrtsausschusses; 1952 Mitglied der SPD, u.a. Ortsvereinvorsitzender Pfeddersheim, stellvertretender Ortsvereinvorsitzender Worms, Vorsitzender des Landkreises Worms, stellvertretender Vorsitzender des Unterbezirks Worms; 1955 Mitglied des Personalrates; 1959 bis 1965 Stadtjugendpfleger der Stadt Worms; 1961 bis 1965 Personalratsvorsitzender der Stadt Worms; 1965 bis 1977 Bürgermeister bzw. Ortsvorsteher von Pfeddersheim. Ab 1977 Sekretär der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, ab 1985 bis zu seiner Pensionierung am 31. März 1993 Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. 1993 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz

Müller, Herbert: Geboren am 22. August 1924 in Ludwigshafen. 1945 Mitglied der KPD, 1946 Mitglied der Kreisleitung der KPD in Ludwigshafen für Arbeit und Soziales, Studium an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“, 1947 Mitglied des Jugendsekretariats der Landesleitung und Kreisvorsitzender der KPD in Ludwigshafen sowie Beisitzer der Ortsverwaltung Ludwigshafen und des Landesvorstandes des Industrieverbandes Metall. 1948 nach der Auflösung des Bezirkes Pfalz als Kreisvorsitzender der KPD in Ludwigshafen abgelöst, 1949 Vertreter der IG Metall in der Gewerkschaftsjugendleitung Ludwigshafen, 1950 Übertritt zur SPD, 1961 bis 1964 Vorsitzender der ÖTV Kreisverwaltung Ludwigshafen. Bis zur Pensionierung 1984 Leiter des Arbeitsamtes Frankenthal¹¹³.

¹¹³ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 492.

Nell, Ludwig: Geboren am 18. Dezember 1922 in Ludwigshafen am Rhein. Nach Abschluß der Volkshauptschule Ludwigshafen 1937 Ausbildung zum Maschinenschlosser bei der Firma Gebrüder Sulzer, anschließend beschäftigt bei der Nachfolgefirma Halberg im erlernten Beruf. September 1944 Militärdienst und russische Kriegsgefangenschaft. Oktober 1946 Rückkehr nach Ludwigshafen und ab Februar 1947 beschäftigt bei den Verkehrsbetrieben Mannheim-Ludwigshafen, ab 1. Januar 1965 beim Verkehrsbetrieb Ludwigshafen als Schlosser, Wagenführer und Signalmonteur bis zur Berentung am 1. Januar 1983; Mitglied des Betriebsrates von 1952 bis 1976. Juli 1947 Mitglied der Gewerkschaft der Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Vorsitzender der ÖTV-Vertrauensleute bei den Verkehrsbetrieben Mannheim-Ludwigshafen, 1964 bis 1968 stellvertretender Kreisvorsitzender der ÖTV Ludwigshafen-Frankenthal, Vorsitzender der Fachabteilung V (Öffentlicher Personennahverkehr) auf Kreisebene, Ausschußmitglied auf Bezirksebene und beim Hauptvorstand der ÖTV. Mitglied der SPD seit 1955. Arbeitnehmervetreter bei der AOK Vorderpfalz. 1982 Auszeichnung mit der Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz als langjähriger ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Ludwigshafen. Gründungsmitglied und noch immer aktiv im Seniorenbeirat der Stadt Ludwigshafen sowie als Vorsitzender des Seniorenausschusses der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Am 16. Dezember 1998 für Verdienste um die Mitarbeit bei der Broschüre „100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal“ mit der Adolf-Kummernuss-Medaille der ÖTV ausgezeichnet.

Plogsties, Lothar: Geboren am 24. Mai 1946 als erstes Kind einer Arbeiterfamilie in Dortmund/Westfalen. Die Mutter: Verkäuferin, der Vater: gelernter Huf- und Wagenschmied. Nach der 8. Klasse Volksschule Berufsausbildung als Fernmeldehandwerker bei der Post und zugleich Eintritt in die Gewerkschaft. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung erfolgte eine Beschäftigung als Arbeiter im Fernmeldeamt II in Dortmund. Danach 18 Jahre Tätigkeit als Berufssoldat bei der Marine und bei der Luftwaffe mit Verwendung in Italien, Portugal und England. In dieser Zeit war er gewählter gesetzlicher Vertrauensmann. 1978 wurde er Mitglied der SPD und war im Stadtrat der Stadt Cochem. Innerhalb der SPD war er Mitherausgeber einer politischen Zeitung („Zündkopf“) im Landkreis Cochem, Zell und Wittlich. Er war Vorsitzender der ÖTV-Abteilung Soldaten in Rheinland-Pfalz und Mitglied im Bundesabteilungsvorstand Soldaten. Viele Jahre leitete er als Vorsitzender der ÖTV-Ortsstelle Cochem-Zell betriebsübergreifende gewerkschaftliche Arbeit. 1982 wurde er Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV-Kreisverwaltung Neuwied. Ab 1985 arbeitete er 2 ½ Jahre für die ÖTV-Hauptverwaltung verantwortlich an einem Projekt, wie gewerkschaftliche Arbeit unter bestimmten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aussehen könnte, sollte und müßte. Diese Arbeit floß damals u.a. in den bedeutenden Antrag 528 (Reformen der ÖTV) auf dem Gewerkschaftstag 1988. Es ist in dem Projekt auch die in der ÖTV zu einem festen Bestandteil gewordene Kerngruppenarbeit entstanden. Ab 1988 war Lothar Plogsties verantwortlich für die bezirkliche Bildungs- und Jugendarbeit der ÖTV-Rheinland-Pfalz. Von 1991 bis 1993 führte er die Geschäfte der ÖTV-Kreisverwaltung Worms-Alzey und seit 1994 ist er Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal. Ein Schwerpunkt seiner bisherigen Arbeit in Ludwigshafen war die Begleitung des Reformprozesses der Stadtverwaltung Ludwigshafen. Lothar Plogsties wohnt in Ludwigshafen und ist Vater von 4 Kindern.

Roos, Heny: Geboren am 05. Januar 1905. Gewerkschaftssekretärin. 1927 Mitglied der HBV. Von 1946 bis 1979 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen, zunächst für die CDU, ab 23. August 1950 dann für die SPD. 1948 Mitglied der Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, zeitweise hauptamtliche Bezirkssekretärin der ÖTV. 1968 bis 1975 Vorsitzende der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen, anschließend Ehrenvorsitzende, 1968 Auszeichnung mit der Freiherr von Stein-Plakette, 1976 mit dem Bundesverdienstkreuz, 1979 mit dem Ehrenring der Stadt Ludwigshafen. Heny Roos starb am 05. Januar 1985.

Seib, Kurt: Geboren am 1. August 1920. Ausbildung zum Damen- und Herrenfriseur. Ab 1940 Wehrmacht, 1944 nach dreimaliger Verwundung entlassen, danach freiberuflich tätig. Ab Juni 1945 Mitarbeit in einem Antifa-Komitee, 1948 bis zum Parteiverbot 1956 Mitglied der KPD. Seit 1952 wohnhaft in Ludwigshafen. Ab 1. Juli 1955 bei den bei den Verkehrsbetrieben Mannheim-Ludwigshafen beschäftigt; Beitritt zur Gewerkschaft ÖTV. Ab 1960 Mitglied des Betriebsrates der Verkehrsbetriebe Mannheim-Ludwigshafen, Mitglied des Betriebsrates ab 1. Januar 1965 beim Verkehrsbetrieb Ludwigshafen. Mitglied der SPD ab 1. Januar 1971. Wechsel am 1. Juli 1971 zur Stadtverwaltung Ludwigshafen, aktiv in der Betriebsgruppe der SPD. Am 1. Juli 1981 in den Ruhestand. Anschließend Seniorenarbeit in der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal; seit 1995 Schriftführer des Seniorenausschusses. Am 31. Dezember 1995 nach 26 Jahren Mitgliedschaft Austritt aus der SPD und zum 1. Januar 1996 Beitritt zur DKP. Seit 23. Oktober 1997 stellvertretender Vorsitzender im Seniorenbeirat der Stadt Ludwigshafen. Am 16. Dezember 1998 für Verdienste um die Mitarbeit bei der Broschüre „100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal“ mit der Adolf-Kummernuss-Medaille der ÖTV ausgezeichnet.

Strecker, Richard: Geboren am 17. Oktober 1906 in Speyer. Verwaltungsangestellter. 1946 Mitglied der SPD. 1950 bis 1952 Mitglied des Stadtrates Ludwigshafen. 1952 bis 1961 Vorsitzender der ÖTV Kreisverwaltung Ludwigshafen. Richard Strecker starb am 09. Juni 1978.

Süß, Georg: Geboren am 8. Mai 1903 in Oppau. Elektriker. 1919 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Freien Sozialistischen Jugend, 1920 Mitglied der KPD. 1923 Mitglied des kommunistischen Industrieverbandes, 1926 Vorsitzender des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes in Oppau. 1928 Kandidat der Bezirksleitung Pfalz der KPD. 1933 fünf Wochen Gefängnis und Entlassung aus dem öffentlichen Dienst bei den Gaswerken der Stadt Oppau. Danach bis 1938 arbeitslos, anschließend bis zum Eintritt in den Ruhestand 1968 bei den Stadtwerken in Ludwigshafen beschäftigt. 1945 Mitbegründer der Ludwigshafener KPD und Ortsgruppenleiter in Ludwigshafen-Oppau, Mitarbeiter der pfälzischen Bezirksleitung der KPD, 1945 bis 1946 für die KPD Mitglied des Ludwigshafener Bürgerrates, 1946 bis 1952 für die KPD Mitglied des Ludwigshafener Stadtrates, 1952 Fraktionsvorsitzender. 1947 Mitglied der Landesleitung der KPD in Rheinland-Pfalz, 1956 nach dem KPD-Verbot Übertritt zur SPD. 1946/47 und 1949 stellvertretender Vorsitz der Ortsverwaltung Ludwigshafen des Verbandes Öffentliche Betriebe und Verwaltungen. Seit 1924 engagierte sich Georg Süß als Betreuer des Heimatmuseums Oppau; am 12. Dezember 1975 wurde er für seine Verdienste als Museumsverwalter des K.O. Braun-Museums e.V. Ludwigshafen-Oppau mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Von 1977 bis 1992 war Süß der Vorsitzende des „Vereins zur Förderung des K.O. Braun-Museums“, anschließend bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender. Zu seinem 95. Geburtstag wurde Süß in Würdigung seiner Verdienste die Bürgerschaftsmedaille der Stadt Ludwigshafen verliehen. Georg Süß starb am 2. November 1999 in Ludwigshafen¹¹⁴.

¹¹⁴ Vgl. Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999, S. 511.

Trapp, Gerhard: Geboren am 26. Januar 1941 in Ludwigshafen. 1955 Ausbildung zum Technischen Zeichner bei den TWL, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, 1957 Mitglied des Kreisvorstandes Ludwigshafen der ÖTV als Kreisjugendausschußvorsitzender, dann als Vorsitzender der Abteilung „Öffentliche Energie“, Vorsitzender der ÖTV-Vertrauensleute bei der TWL, 1959 Mitglied der SPD, Juso-Vorsitzender in der Innenstadt, Beisitzer im Ortsverein Mitte, Vorsitzender der SPD-Betriebsgruppe TWL, 1960 bis 1966 Jugendvertreter im Personalrat der TWL, 1979 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der TWL, 1981 Mitglied des Betriebsrats der TWL und Vorsitzender der Abteilung „Öffentliche Energie“ der ÖTV auf Landesebene, 1986 Betriebsratsvorsitzender der TWL, 1989 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der TWL, 1991 Kreisvorsitzender der ÖTV Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal sowie Mitglied des Beirats beim Hauptvorstand der ÖTV und des Bezirksausschusses des Landesvorstandes der ÖTV.

Uhrig, Alfred: Geboren am 9. Februar 1926 in Frankenthal. Ausbildung zum Industriekaufmann, Militärdienst, Kriegsgefangenschaft, 1945 Mitglied von SPD und IG Metall. 1946 Vertrauensmann der IG Metall bei der Firma KSB in Frankenthal. 1947 Mitarbeiter der Stadtwerke Frankenthal und Übertritt zur Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, 1950 Mitglied - zuständig für Jugend, später Angestellte - des Kreisvorstandes der Kreisverwaltung Frankenthal-Grünstadt der ÖTV, 1952 bis 1963 Mitglied des Personalrates der Stadt Frankenthal, bzw. der Stadtwerke Frankenthal, 1957 Vorsitzender der Vereinigten Turnerschaft Frankenthal, 1959 Leiter der Nebenstelle Frankenthal der Kreisverwaltung Ludwigshafen, 1963 Parteisekretär des SPD-Unterbezirkes Frankenthal-Grünstadt, 1964 bis 1984 Mitglied des Stadtrates Frankenthal. Ab 1. Mai 1968 Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen bis zu seiner Pensionierung am 28. Februar 1986, 1983 Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz, 1986 Auszeichnung mit der silbernen Hans-Böckler-Medaille des DGB und mit der Adolf-Kummernuss-Medaille der ÖTV sowie mit der Freiherr-von-Stein-Medaille des Landes Rheinland-Pfalz.

Will, Edwin: Geboren am 10. Oktober 1903 in Ludwigshafen als Sohn eines Schneiders, verheiratet, katholisch, später konfessionslos. Absolvierte nach der Volksschule eine metallverarbeitende Lehre. Arbeitete seit 1910 bei der Stadt Ludwigshafen als Mechaniker. Seit 1911 Mitglied des „Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ (VGS). 1913 zum Militär eingezogen.kehrte 1915 mit einem Bauchschuß schwer verwundet nach Ludwigshafen zurück. 1916 Übernahme als Arbeiter bei den Städtischen Wasserwerken Ludwigshafen. Trat 1915 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. 1920 zum Betriebsratsmitglied bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen gewählt. Seit 1922 Betriebsratsvorsitzender der städtischen Betriebe Ludwigshafen. Von 1924 bis 1928 Vorsitzender der Filiale Ludwigshafen des VGS; in dieser Eigenschaft Mitglied des Ortskartells des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seit 1925 SPD-Abgeordneter im Kreistag Ludwigshafen, ferner Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der örtlichen Organisation des „Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften“. Machte sich auf dem 10. Verbandstag seiner Gewerkschaft 1925 in Frankfurt am Main für eine angemessene Bezahlung der hauptamtlichen Funktionäre stark. Seit 1927 Mitglied des Verbandsbeirates, dem höchsten Gremium der Organisation zwischen den Verbandstagen. Im Jahr 1928 als Sekretär des Bezirks Berlin Brandenburg hauptamtlich angestellt.

Als Bildungssekretär arbeitete er bis 1929 an der Gewerkschaftsschule des Verbandes in Buckow bei Berlin, deren Bildungsarbeit innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung als vorbildlich galt. Mit der Delegation des Bildungsauftrages an die neugegründete ADGB-Schule in Bernau mußte auch Wills Aufgabengebiet neu bestimmt werden. Von 1929 bis 1930 hauptamtlicher Sekretär des Verbandes im Bezirk Schlesien in Breslau. Seit April 1930 von der Organisation (seit 1930: Gesamtverband) nach Frankfurt am Main delegiert.

1933 entlassen, für 2 Wochen in Schutzhaft genommen.kehrte im August 1933 nach Ludwigshafen zurück. Will stand bis 1936 unter verschärfter Polizeiaufsicht, jedwede Arbeit wurde ihm verwehrt. Verdiente sich als Vertreter seinen kargen Lebensunterhalt. Von 1940 bis 1945 zum kasernierten Luftschutz eingezogen.

Einer der führenden Männer bei der schwierigen Wiedergründung der Ludwigshafener Gewerkschaften. Will gehörte zu dem Kreis verfolgter Gewerkschafter, die sich im März 1945 trafen, um über die kommende Gewerkschaftspolitik zu beraten. Ein aus diesem Zirkel gebildetes Komitee unterbreitete den amerikanischen Militärbehörden Anfang Mai 1945 ein Gründungsgesuch für einen Gewerkschaftsbund samt Satzung und Organisationsplan. Am 22.

Mai 1945 wurde Will von 62 Gewerkschaftsdelegierten zum Vorstandsmitglied des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Ortsausschuß Ludwigshafen (FDGB)“ gewählt. Der Gewerkschaftsbund war als zentralistische Einheitsgewerkschaft konzipiert. Am 19. Dezember 1945 konstituierte sich auf einer Gründungsversammlung unter Edwin Wills Leitung der Industrieverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem zunächst nur Arbeiter beitreten durften, weil die französischen Militärbehörden, die nun die Stadt in Besitz genommen hatten, den Angestellten und Beamten des öffentlichen Sektors jede gewerkschaftliche Organisation untersagten. (Endgültige Genehmigung der Organisation am 19. April 1946.)

Seit dem 2. Juli 1946 Mitglied des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung der „Gewerkschaft Öffentlicher Betriebe und Verwaltungen“ in Rheinland-Pfalz; am 16. April 1947 zum 1. Vorsitzenden der Landesgewerkschaft gewählt (1947: 22 000 Mitglieder). Mit dieser Wahl wurde auch die dominierende Position der Ludwigshafener Gewerkschafter bei den überregionalen Zusammenschlüssen im Lande unterstrichen. Am 2. Und 3. Mai 1947 traten in Mainz 183 Delegierte zur Gründung des „Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz“ (AGB Rheinland-Pfalz) zusammen. Wahl Wills als Beisitzer in den Bundesvorstand. Auf der Tagung vom 28. Bis 29. Mai 1947 als Beisitzer bestätigt. Als allseits akzeptierter Funktionär „überlebte“ Will 1947 den „Machtwechsel“ im FDGB Ludwigshafen von einer sozialdemokratischen hin zu einer kommunistischen Mehrheit. 1948 mit dem drittbesten Ergebnis aller abgegebenen Delegiertenstimmen wieder in den lokalen (sozialdemokratisch dominierten) Vorstand gewählt.

Eine zentrale Forderung Wills auf dem 1. Verbandstag 1947, die Kolleginnen und Kollegen des Transport- und Verkehrswesens in seine Gewerkschaft zu integrieren, konnten bis 1949 nicht realisiert werden, da die französische Besatzungsmacht die Bildung eines großen Industrieverbandes untersagte. In einer komplizierten Situation, die den führenden Gewerkschaftern nur wenig Spielräume ermöglichte, suchte Will durch die Schaffung neuer Tarifverträge, einer besseren Arbeits- und Urlaubsregelung für Arbeiter sowie durch Forderungen nach einer verbesserten Pensions- und Zusatzversorgung für Beamte einen größeren Aktionsradius zu erreichen.

Spätestens 1948 war bei Will eine deutliche Radikalisierung zu verzeichnen; als Leiter der „Hungerdemonstrationen“ in Ludwigshafen und Mitglied des großen Ernährungsausschusses Rheinland-Pfalz stellte er sich an die Spitze einer populistischen Volksbewegung.

Einstimmige Wiederwahl auf dem Verbandstag der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ in Mainz am 23. März 1948, auf der er für die Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zusätzlich Nahrungsmittel als Kompensation forderte. Übte gleichzeitig scharfe Kritik am herrschenden Entnazifizierungsverfahren und gab programmatisch die gewerkschaftliche Leitlinie vor. („Den Nominellen reichen wir die Hand, den Belasteten dagegen gilt unser Kampf.“) Will gehörte zu den uneingeschränkten Fürsprechern eines überzonalen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Im April 1947 auf der Interzonenkonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Oberursel für Rheinland-Pfalz in den Interzonenausschuß (mit Sitz in Stuttgart) gewählt, der die Lohn- und Tarifpolitik zentral koordinieren sollte. Auf der Delegiertenkonferenz der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ am 8. Januar 1949 zum Delegierten für den „Vereinigungsverbandstag der Gewerkschaften der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes, Transport und Verkehr“ vom 28. bis 30. Januar 1949 in Stuttgart gewählt. Will nahm am Verschmelzungsverbandstag teil, obgleich die Militärregierung einen Tag vor Sitzungsbeginn den Delegierten aus ihrer Zone untersagt hatte, sich aktiv zu beteiligen. Demonstrativ zu einem der Beisitzer auf dem Vereinigungsverbandstag gewählt. Brachte den „Willen zur Vereinigung“ der Mitgliedschaft der französischen Zone zum Ausdruck. In den Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr gewählt. Auf der Bezirkskonferenz im Dezember 1949 zum ersten Bezirksleiter der Gewerkschaft ÖTV von Rheinland-Pfalz gewählt; als letzter Bezirk konnte Rheinland-Pfalz zum 1. Oktober 1950 verwaltungsmäßig und kassentechnisch integriert werden. Seit Gründung Mitglied des Vorstandes des Bezirks Rheinland-Pfalz des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gesellschafter der Vermögensverwaltung der Gewerkschaft ÖTV GmbH. Wiederwahl als Bezirksleiter und Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV 1958. Mitglied der großen Tarifkommission und des Beirates.

Insbesondere durch eine von vielen Mitgliedern als unglücklich empfundene Zusammensetzung des Bezirksvorstandes, die die konfessionelle, politische und landsmannschaftliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft nur unzulänglich berücksichtigte, kam es innerhalb des Bezirks zu erheblichen Spannungen, die sich gegen den Bezirksleiter richteten. Im Frühjahr 1957 wurden scharfe Proteste der Betriebsräte der Städte Frankenthal, Kaiserslautern, Bad Kreuznach, Mainz, Oberlahnstein, Pirmasens und Zweibrücken laut, die eine verbesserte Vertretung bei Tarifverhandlungen einklagten. Seit Mitte des Jahres 1957 forderte die Mehrheit der ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden eine personelle Änderung der

Bezirksverwaltung. In schwierigen Kompromißverhandlungen fand man eine Übergangsregelung. (Hans Faltermeier wurde Edwin Will als Stellvertreter zur Seite gestellt.)

Der gebürtige Ludwigshafener schied Ende 1958 aus dem Dienst der Gewerkschaft ÖTV aus. Sein sozialpolitisches Engagement blieb als „Rentner“ ungebrochen. Bis 1965 wirkte er als Landesarbeitsrichter in Mainz und als Sozialrichter in Speyer. Nach seiner Pensionierung Vorsitzender des Ältestenrates des SV Südwest. Bis 1970 Bundesvorsitzender des Zentralverbandes der Sozialversicherten, Rentner und deren Hinterbliebenen und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz. Will starb am 6. November 1975 in Ludwigshafen¹¹⁵.

¹¹⁵ Vgl. Zimmermann, Rüdiger: 100 Jahre ÖTV - Biographien. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996.

Quellen

Antifa-Archiv Ludwigshafen / Privatarchiv Hermann W. Morweiser, Nachlaß August Fend

Archiv der ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Ludwigshafen

Stadtarchiv Ludwigshafen, Bestand LuN sowie Ordner Gewerkschaft ÖTV

Literatur

Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956, Phil. Diss. Universität Mannheim 1999

Furtwängler, Franz Josef: ÖTV. Die Geschichte einer Gewerkschaft. Zweite, erweiterte Auflage, Stuttgart 1959

Getto, René: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in Speyer von 1945-1949. Wissenschaftliche Prüfungsarbeit Universität Koblenz-Landau, Landau 1991

Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988

Nachtmann, Walter: 100 Jahre ÖTV - Geschichte. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996

ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal (Hg.): 100 Jahre ÖTV-Kreisverwaltung Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal, Band 1, Eine Dokumentation vom 25. Oktober 1897 bis 18. Februar 1933, Ludwigshafen 1998

Schneider, Wolfgang: „Ich wechsele meine politische Auffassung nicht wie mein Hemd“. Das besondere Schicksal des Kommunisten August Fend, Altrip 1996

Seidl, Michael: Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt an der Weinstraße 1990

SPD-Stadtverband Ludwigshafen am Rhein (Hg.): Der Freiheit und Demokratie verpflichtet. Beiträge zur Geschichte der Ludwigshafener Sozialdemokratie, Neustadt an der Weinstraße 1986

Verlagsanstalt Courier GmbH: Zwanzig Jahre ÖTV. Daten, Zeugnisse, Meinungen aus zwanzig Jahren Gewerkschaftsarbeit, Stuttgart 1966

Verwaltungsstelle Frankenthal der Industriegewerkschaft Metall (Hg.): Es gilt den Kampf. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Frankenthal 1832-1949. Bearbeitet von Michael Ebenau und Alfred Kuffler, Frankenthal 1984

Weiß, Gerhard: Die ÖTV. Politik und gesellschaftspolitische Konzeption der Gewerkschaft ÖTV von 1966 bis 1976, Marburg 1978

Zimmermann, Rüdiger: 100 Jahre ÖTV - Biographien. Die Geschichte einer Gewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen, Frankfurt am Main 1996

Zeitungen

Der Gewerkschaftler. Mitteilungsblatt der Gewerkschaften Hessen-Pfalz, Neustadt an der Haardt 1946-1949

Die Freiheit. Zeitung für sozialen und kulturellen Fortschritt, Mainz 1947-1966

Die Rheinpfalz, Ludwigshafen am Rhein 1945 ff.

General-Anzeiger, Ludwigshafen am Rhein 1949-1969

Mannheimer Morgen, Mannheim 1945 ff.

Neues Leben. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen am Rhein 1947-1950

Unser Tag. Volkszeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport, Ludwigshafen am Rhein 1950-1956

Zeitschriften

Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr. Zentralorgan der Gewerkschaft . Zentralorgan der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Jg. 1949-1951

ÖTV-Presse. Jg. 1952 - Heft 4/1960

ÖTV-Magazin. Heft 5 / 1960 - heute

Der Funktionär. Jg. 1949 - Jg. 1958

Der Vertrauensmann. Jg. 1959 - Jg. 1965

ÖTV-Argumente. Jg. 1980 - heute

ÖTV-aktuell. Eine Information für Funktionärinnen und Funktionäre der Gewerkschaft ÖTV in Rheinland-Pfalz 1988-1989

ÖTV-Tarifinformationen 1990-1992

ÖTV-Tarif-Nachrichten 1992

Insider. Die ÖTV-Vertrauensleute berichten 1994 ff.

ÖTV-Tarif 1998/1999

Der Autor

Klaus J. Becker wurde am 07. Juli 1963 in Bockenheim an der Weinstraße als viertes Kind einer Arbeiterfamilie geboren. 1983 Abitur am Staatlichen Leininger Gymnasium in Grünstadt, anschließend Zivildienst im Rettungsdienst und Krankentransport. Seit 2. Januar 1984 Mitglied der Gewerkschaft ÖTV und des DGB-Ortskartells Grünstadt. 1986 bis 1988 Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann, anschließend Studium der Betriebswirtschaftslehre, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Neueren Geschichte sowie der Politischen Wissenschaft an der FH Worms und der Universität Mannheim. 1994 Studienabschluß als Magister Artium. Anschließend Promotion mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung des DGB über „Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956“. Seit November 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Ludwigshafen, Vertrauensmann der ÖTV. Mai 1999 Abschluß der Promotion als Dr. phil. Mehrere Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere zur KPD und SPD in Rheinhessen, der Pfalz und in Rheinland-Pfalz.